

# Einwohnerrat Pratteln

## Protokoll Nr. 308

Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. April 2002, 19.00 Uhr  
in der Aula Fröschmatt II

---

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder (ab 21.15 Uhr: 36) 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Urs Hess, Nelly Metzger, Rudolf Meury, Armin Streit (ab 21.15 Uhr)
Vorsitz	Maya Wittwer Präsidentin
Protokoll	Ursula Wisselaar, Bruno Helfenberger (Aufnahme)
Weibeldienst	Hansueli Schwob

---

### Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Dringliche Interpellation von Philipp Schoch betreffend „üble Gerüche“	2203
2.	Dringliche Interpellation von Priska Forter betreffend „Geruchsbelästigungen durch die Firma Rohner AG“	2204
3.	Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 375'000.—für die Sanierung des Kunststoffbelages der Aussenanlagen des Sekundarschulhauses	2201
4.	Renovation Dorfturnhalle, Kreditbewilligung von CHF 300'000.—für die Bearbeitung des Bauprojektes (Bericht der Bau- und Planungskommission)	2158
5.	Bewilligung der Bruttokredite für die Erschliessungsanlagen „Am Zunftakerrain“	2193
6.	Zukunft der Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln, Kenntnisnahme des Konzepts Jugendarbeit und Grundsatzentscheid betreffend Weiterführung der Mandate Jugendbeauftragte und Familien- und Erziehungsberatung	2200
7.	Quartierplanung „Bahnhofstrasse“, 2. Lesung	2183
8.	Teilrevision der Gemeindeordnung vom 23. August 1999, 1. Lesung	2199
9.	Wasserversorgungs-Regionenverbund 1-9-2, Genehmigung neuer Vertrag zwischen der Hardwasser AG und den beteiligten Gemeinden (Notwasserbezug)	2198
10.	Interpellation von Walter Biegger betreffend „Kostenaufwand für die Referendumsabstimmung Raurica Nova“	2191
11.	Postulat Florian Reischenböck betreffend „Infrastruktur in der Geisswald“	2190

hütte“

## 12. Fragestunde (nach der Pause)

### Neue persönliche Vorstösse:

- Dringliche Interpellation von Philipp Schoch betreffend „üble Gerüche“ (2203)
  - Dringliche Interpellation von Priska Forter betreffend „Geruchsbelästigungen durch die Firma Rohner AG“ (2204)
  - Motion von Petra Ramseier und Alexander Martin betreffend „Mobilfunk – Information und Prävention“
  - Motion von Siegfried Siegrist und Dieter Stohler betreffend „Liberalisierung der Ölfeuerungskontrolle“
  - Interpellation von Ruedi Brassel betreffend „Stellvertretung in der JMS-Leitung“
- 

### Mitteilungen:

- GP Willy Schneider informiert über die Orientierungsveranstaltung „Leitbildentwicklung Erlebnisraum Augst – Pratteln“ vom 6. Mai 2002 im Kuspo. Unterlagen werden an der Sitzung abgegeben.
  - Die Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer begrüsst die beiden neuen Ratsmitglieder Herr Tobias Reichmuth (FDP) und Christian Schäublin (SVP).
  - GR Felix Knöpfel orientiert den Rat über den Einladungsbrief der Firma Rohner AG „Geruchssituation Rohner AG“. Termin: 29. April 2002, 17.00 Uhr im Personalrestaurant der Firma Rohner.
- 

## **Geschäft Nr. 2203      Dringliche Interpellation von Philipp Schoch betreffend „üble Gerüche“**

### Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation 2203 vom 18. April 2002

://: Der Rat beschliesst, die Interpellationen 2203 und 2204 gemeinsam zu behandeln.

**Philipp Schoch:** Ich möchte Ihnen die Dringlichkeit beliebt machen, da ich glaube, dass das Thema topaktuell ist. Es gibt einige offene Fragen, welche heute geklärt werden müssten, um in Zukunft mit solche Situationen besser umgehen zu können. Wir leben hier in Pratteln auf einem gefährlichen Terrain, auf welchem es solche Sachen geben kann. Es ist mir durchaus bewusst, dass es wahrscheinlich auch in Zukunft Zwischenfälle geben wird. Es geht heute Abend nicht darum, jemandem den „Schwarzen Peter“ zuzuschieben, weder der Firma Rohner noch der Gemeinde Pratteln. Es geht darum, wie wir in Zukunft solche Probleme besser lösen. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit stattzugeben.

**GR Felix Knöpfel:** Letzten Dienstag haben wir bei der Firma Rohner AG die Situation angeschaut. Deshalb fühle ich mich in der Lage, mit Unterstützung von Willy Schneider, welcher auch dabei war, Antworten zu geben. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

**Walter Biegger:** Auch die SVP-Fraktion ist dafür, die Interpellationen zu behandeln. Da der Gemeinderat rechtzeitig ins Bild gesetzt worden ist, ist er in der Lage, die Fragen zu beantworten.

## Abstimmung

://: Der Dringlichkeit wurde einstimmig stattgegeben.

### **GR Felix Knöpfel:**

*1. Wann und wie wurde die Gemeinde Pratteln seitens der Firma Rohner über das Problem informiert?*

Wir haben seit Ende Januar Geruchsmeldungen durch die Securitas bekommen. Es war nie ganz klar, woher der Gestank kommt. Am 14. März rief Herr Werner Muggli von der Bauverwaltung direkt bei der Firma Rohner AG an mit der Frage, ob sie die Verursacher seien. Die Firma Rohner AG bejahte die Frage.

*2. Welche Massnahmen hat die Gemeinde Pratteln getroffen, als das Problem vom „Fischgestank“ bekannt wurde? Hat die Verwaltung die kantonalen Behörden informiert?*

Herr Werner Muggli hat die Firma Rohner AG aufgefordert, etwas gegen diese Gerüche zu unternehmen. Er hat sie auch aufgefordert, der Gemeinde über den aktuellen Stand zu berichten und die Nachbarn zu informieren. Am 27. März, also 14 Tage nach der Aufforderung wurde dies gemacht. In der Vereinbarung vom November 1989 über die Geruchsmeldestelle steht, dass über besondere Vorkommnisse die Gemeinde, die Firmen wie auch das Lufthygieneamt informiert werden müssen. Seit geraumer Zeit wurde das nicht mehr so gehandhabt. Seit 1999 sind nur 19 Geruchsmeldungen eingegangen. Im Jahre 2000 waren es 27 und im 2001 wiederum nur 19. In nur 2 Fällen hat man gewusst, woher es kam. Im Jahr 2002 sind immerhin schon 73 Meldungen eingegangen, wovon 28 extern und 45 intern. Darum hat man die Vereinbarung nicht mehr so gehandhabt wie dies ursprünglich vorgesehen war und ich denke, da müssen wir eine gewisse Schuld auf uns nehmen, dass das unterblieben ist.

*3. Ist der üble Geruch für Mensch und Umwelt gesundheitsschädigend?*

Uns ist am 16. April versichert worden, dass die Leute in normalen Arbeitskleidern und ohne Atemschutz arbeiten. Daraus haben wir geschlossen, dass der Stoff nicht gesundheitsgefährdend ist. Sie arbeiten immerhin schon seit vier Monaten damit.

*4. Wusste die Gemeinde, dass über die Geruchsmeldestelle in diesem Jahr sehr viele Reklamationen eingingen?*

Auf der Gemeinde sind bis zum 14. rund 4 bis 5 Meldungen eingegangen. Nach dem 27. ist es dann ja publik geworden, dadurch dass die Firma Rohner die Nachbarn angeschrieben hat. Seit man weiss, was es ist, hat es viel mehr Meldungen gegeben.

*5. Müssten die beteiligten Parteien (Verursacher, Gemeinde, Kanton) nicht eine offensivere Informationspolitik betreiben?*

Ich denke die Kommunikation zwischen drei Parteien ist nicht immer optimal. Philipp Schoch hat recht und wir möchten auch nicht den „schwarzen Peter“ herumschieben. Wir möchten diese 13-jährige Vereinbarung überarbeiten und wieder auf den neuesten Stand kommen. In der heutigen Zeit von Internet und E-mail sollte es eigentlich möglich sein, etwas besser zu kommunizieren. Ich habe am 16. April die zuständigen Personen bei der Firma Rohner gebeten, dass sie nicht nur die Nachbarn, sondern die ganze Bevölkerung via Prattler Anzeiger aufklären sollen.

6. Ist es sinnvoll, dass die Geruchsmeldestelle Securitas (hohe Personalfuktuation, ungenügende Ausbildung) einsetzt? Wäre die Gemeindepolizei nicht eine geeignete Institution für solche Fragen?

Nein. Der Aufwand wäre unverhältnismässig, weil man immerhin 24 Stunden zur Verfügung stehen muss. Dieser Aufwand und auch das Personal könnten nicht durch die Gemeinde übernommen werden. Ich denke, das ist bei der Securitas in relativ guten Händen. Sie sind ja involviert und werden sich Gedanken machen müssen.

7. Ist die Vereinbarung GMP (Vereinbarung über die Organisation der Geruchsmeldestelle Pratteln) noch aktuell?

Eigentlich schon. Aber wie gesagt, wir werden allfällige Anpassungen sofort nach der Analyse der Schwachstellen durchführen und dann in Rücksprache mit den beteiligten Partnern überarbeiten und so dann wieder besser reagieren können.

---

## **Geschäft Nr. 2204**

## **Dringliche Interpellation von Priska Forter betreffend „Geruchsbelästigungen durch die Firma Rohner AG“**

### Aktenhinweis

- Dringliche Interpellation Nr. 2204 vom 19. April 2002

### **GR Felix Knöpfel:**

1. Was hat der Gemeinderat unternommen, um die Situation bald möglichst zu bereinigen ?

Er hat die Situation, wie sie Priska Forter beschreibt, auf die Traktandenliste der Semesterinfo vom 16. April setzen lassen. Das ist eigentlich das, was wir unternommen haben.

2. Die zahlreich bei der Geruchsmeldestelle und der Firma Rohner AG eingegangenen Beschwerden wurden nicht ans Lufthygieneamt weitergeleitet. Ab welcher Anzahl Beschwerden, hält der Gemeinderat es richtig, dass die Geruchsmeldestelle diese als „relevant“ betrachtet ?

Bei der Gemeinde sind nicht sehr zahlreiche Meldungen eingegangen. Da aber am 14. März der Geruchsemittent bekannt wurde, hat die Securitas die Meldungen direkt bei der Firma Rohner abgegeben. Das ist eigentlich üblich. Sobald man wusste, wer der Geruchsemittent ist, hat man den Leuten mitgeteilt, dass sie direkt dort anrufen sollen, damit das dort registriert werden kann. Die Gemeinde ist sich allerdings - und da müssen wir uns auch an der Nase nehmen - über das wahre Ausmass nicht ganz klar gewesen. Ansonsten hätte man anders reagiert. Wir werden in Zukunft ganz sicher wieder von der Securitas verlangen, dass sie uns auch die Fälle wieder zustellen, die sie der Rohner gemeldet haben. Damit wissen auch wir, dass das sehr stark zugenommen hat.

3. Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat aus der Meldepflichtvernachlässigung der Geruchsmeldestelle ?

Die Geruchsmeldestelle Securitas hat eigentlich die Meldepflicht nicht vernachlässigt. Damit wir über das Ausmass auf dem laufenden sind, werden wir veranlassen, dass alle Meldungen auch uns zugestellt werden.

*4. Aus der Tatsache, dass die Behörden von den Beschwerden an die Geruchmeldestelle keine Kenntnis erhielten, ist zu folgern, dass die Geruchmeldestelle mehr zur Verschleierung als zur Klärung beiträgt.*

Diese Folgerung können wir nach dem vorher gesagten nicht schliessen.

*5. Wäre es also nicht sinnvoll die Geruchmeldestelle als Zwischeninstanz abzuschaffen und die Beschwerden direkt auf der Gemeinde entgegenzunehmen ?*

Nein. Der Aufwand wäre unverhältnismässig und könnte mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht bewältigt werden. Es handelt sich um einen 24-Stundenbetrieb; man müsste also Tag und Nacht der Geruchmeldestelle anrufen können.

*6. Hat sich der Gemeinderat sachkundig gemacht, um welches Pflanzenschutzmittel es sich bei dieser Produktion der Firma Rohner AG handelt und welche Wirkstoffe darin enthalten sind ?*

Da meine ich, dass die Interpellantin wahrscheinlich mehr weiss als wir. Wir haben Kenntnis, dass in der Rohner Zwischenprodukte für Fungizide hergestellt werden. Diese werden dann im Gemüseanbau, Rebbau und bei der Kartoffelpflanzung eingesetzt. Das wissen wir von der Firma Rohner.

*7. Handelt sich bei den negativen Erscheinungen wirklich „nur“ um Gerüche?*

Die Firma Rohner hat anlässlich der Semesterinfo vom 16. April versichert, dass es nichts gesundheitsgefährdendes ist. Auch für die Leute die dort arbeiten. Es handelt sich tatsächlich nur um üble Gerüche.

*8. In welchem Produktionslokal der Firma Rohner AG wird das Mittel hergestellt ?*

Uns ist angegeben worden, dass ein Teil im Lokal 9 und der andere im Lokal 39 hergestellt wird.

*9. Ist der Gemeinderat darüber informiert, welche Schutzmassnahmen die Firma Rohner AG ergreifen will ? Hält er diese für ausreichend ?*

Ja. Wir sind informiert, aber weil wir keine Chemiker sind, müssen wir dies den Leuten vom Lufthygieneamt überlassen. Ich habe gerade jetzt Kenntnis erhalten, dass sehr intensiv gearbeitet wird. Die Firma Rohner hat einen Versuch gemacht, dass fast eine Neutralisation stattfinden könnte. Das Problem ist leider, dass im ganzen Areal der Rohner AG die Arbeiter in unmittelbarer Nähe das gar nicht riechen. Es stinkt eigentlich erst, wenn es oben zum Kamin rauskommt. Und auch da kann man nicht sagen, nach was es stinkt. Die Chemikalien sind nicht riechbar und irgendwo ist eine Verbindung, die sie noch nicht herausgefunden haben. Ich habe am letzten Freitag das Meldejournale bekommen und da ist tatsächlich nur noch eine Meldung eingegangen. Das Lufthygieneamt hat sowohl der Firma Rohner als auch uns schriftlich mitgeteilt, dass ein Produktionsstopp verfügt werde, wenn die Gerüche nicht aufhören würden. Das Lufthygieneamt kann, wenn das nicht eruiert wird und das Problem nicht beseitigt wird, die Einstellung der Arbeit verfügen. Das sind meine Informationen.

*://: Der Rat beschliesst einstimmig Diskussion*

**Philipp Schoch:** Ich möchte Felix Knöpfel für seine Ausführungen danken. Es stinkt leider immer noch. Ich bin heute morgen um 8.45 Uhr an der Gempenstrasse gewesen und es hat dann in der ganzen Gempenstrasse nach Fisch gestunken. Ich habe Herrn Kneubühler angerufen. Ich habe mich selber davon überzeugt und bin 50 cm von der Produktionsanlage entfernt gestanden und es stinkt dort drin wirklich nicht nach Fisch. Es stinkt nur draussen. Die Firma Rohner hat anscheinend mehrere Anstrengungen in die Wege geleitet. Man hat am Donnerstag als ich da war gerade eine neue Anlage installiert, um die ganze Abluft zu reinigen. Anscheinend ist das aber noch nicht ganz gut. Ich möchte aber nochmal auf meine Fragen zurückkommen. Ich denke, dass das Prozedere, das man ursprünglich einmal festgelegt hat, mit der Geruchsmeldestelle etwas eingeschlafen ist. Felix Knöpfel hat gesagt, es sind sehr wenige Meldungen eingegangen in den letzten Jahren und man hat das ganze Problem mit den Gerüchen heute besser im Griff. Aber jetzt man hat nicht mehr so ganz genau gewusst, wie man mit der ganzen Sache umgehen soll. Das ist schlecht und muss in Zukunft verbessert werden. Mit der Beantwortung von Frage 3 bin ich nicht einverstanden. Mit der Antwort bezüglich Gesundheitsgefährdung konnte ich nichts anfangen. Zur Frage 5: Die Kommunikation zwischen Verursacher, Gemeinde, Kanton und Securitas muss unbedingt, und zwar jetzt, verbessert werden. Es kann nicht sein, dass wenn man die Securitas anruft, dort erst „abgeputzt“ wird. Das geht nicht. Untereinander muss die Kommunikation sehr viel verbessert werden. Wenn die Securitas weiterhin die Geruchsmeldestelle betreut, dann muss man die Leute dringend ausbilden. Die Leute müssen wissen, was ihr Job ist. Als man die Geruchsmeldestelle eingeführt hat, wurden die Securitasleute ausgebildet. Heute sind das ganz andere Leute und auch aufgrund der grossen Personalfluktuation sind die Leute zuwenig gut ausgebildet für diesen speziellen „Schnüffeljob“. Felix Knöpfel hat gesagt, dass man die Vereinbarung mit der Geruchsmeldestelle sofort anpassen muss. Was heisst sofort? Und dann hat er noch erklärt, dass wenn der Verursacher bekannt ist, dass man sich bei diesem melden soll. Diese Regelung muss man dringend abschaffen. Der Druck ist dann zuwenig gross, welche sich die Firma selber auferlegt, um aktiv zu werden.

**Erika Schaub:** Ich finde es gut, dass wir über die Geruchsemissionen reden und dass die Öffentlichkeit informiert wird. Was ich aber überhaupt nicht gut finde, ist die Art und Weise wie man es gemacht hat. Das Vorgehen von Philipp Schoch ist purer Populismus. Erst informiert er die Presse, dann das Fernsehen und erst als dann alles in der Öffentlichkeit breitgeschlagen war, hat Philipp Schoch, auf Bitte der Geschäftsleitung der Firma Rohner, die Situation vor Ort angeschaut. Das finde ich einen grossen Fehler. Ich war selber in der Rohner und man sollte doch erst beide Seiten anhören. Auch die Überschrift in der BAZ vom Mittwoch finde ich nicht gut. Das ist reine Blickmethode. Seit geraumer Zeit sind wir nach jeder Einwohnerrats-sitzung in den Negativzeilen. Dieser Journalismus ist das Sprachrohr einiger weniger und ist überhaupt nicht neutral. Ich weiss, dass die Rohner AG sehr unzufrieden ist mit dieser Geruchsemission und die Firma hat in den letzten Jahren pro Angestellten 10'000.— Franken in den Umweltschutz investiert. So geht man nicht mit ihnen um. Dass es grauenhaft stinkt, das hat niemand abgestritten. Aber ist es richtig, dass man eine Firma so diffamiert? Ich habe mit Bewohnern in der Nähe der Firma geredet. Sie haben bestätigt, dass es wieder gestunken hat. Sie wohnen aber schon seit Jahren dort und wissen, dass die Firma Rohner viel unternommen hat. Diesmal war es wirklich sehr penetrant, aber sie trösten sich damit, dass es vorbei geht. Ich möchte appellieren, ein nächstes Mal doch ein bisschen vorsichtiger damit umzugehen und zuerst mit den Leuten der Rohner AG zu reden, bevor man zum Fernsehen geht.

**Ruedi Brassel:** Ich kann bestätigen, dass es heute morgen wieder gestunken hat. Es ist mir letzte Woche von Herrn Fricker versichert worden, dass man versucht, das Ganze in den Griff zu bekommen. Es kann sicher nicht mehr angehen, dass

Geruchmeldungen einfach beim Verursacher enden und nicht mehr weitergehen. Es ist ganz sicher richtig, dass die Gemeinde als Geschäftsstelle der Geruchmeldestelle dafür verantwortlich ist, mindestens einmal monatlich dem Lufthygieneamt Meldung zu erstatten. Es ist auch dann angebracht, wenn keine Emissionen, keine Meldungen vorhanden sind. Das Lufthygieneamt hat ja den Auftrag, das über Jahre hinweg zu beobachten und allenfalls auch entsprechend Statistik zu führen. Das ist eine wichtige Information, auch wenn es nichts mitzuteilen gibt. Etwas muss ich aber noch Erika Schaub sagen. Es ist nicht der Fehler von Philipp Schoch, dass es seit Januar gestunken hat, dass die Gemeinde scheinbar seit Ende Januar Kenntnis davon hatte und dass die Gemeinde erst am 14. März, also erst 1 ½ Monate später, Kenntnis davon bekommen hat, wer das ist. Man kann sich auch fragen, was ist in den 1 ½ Monaten passiert mit dem Wissen, dass es immer wieder stinkt. Es ist nicht der Fehler von Philipp Schoch, wenn die Meldungen ab dem 14.3. bei der Rohner eingegangen sind und dort einfach nicht mehr rausgegangen sind. Es ist das Verdienst von Philipp Schoch, dass das zu einem Thema wurde. Man darf nicht einfach sagen, das „going public“ ist a priori schlecht. Die Art und Weise, wie so etwas inszeniert wird, da gehen die Geschmäcker vielleicht auseinander. Aber ich wehre mich dagegen, wenn man jetzt Philipp Schoch einfach den „Schwarzen Peter“ anhängt. Und genauso muss ich mich dagegen wehren, dass sich der Einwohnerrat äussert über die Berichterstattung in der Presse. Das ist nicht unsere Sache.

**Philipp Schoch:** Ich möchte ein paar Sachen erklären. Es sieht im Moment so aus, als hätte ich einfach aus irgendeiner Wut heraus die ganze Sache an die Öffentlichkeit gebracht. Es ist leider nicht so und wenn ich etwas mache, dann überlege ich mir schon etwas dabei. Es ist so gewesen. Ich habe um den 20. März herum Herrn Muggli ein Mail geschickt und gefragt, was da so stinkt. Mir ist das seit Anfang Jahr immer wieder aufgefallen. Er hat mir dann bald zurückgeschrieben, dass der Gestank von der Firma Rohner käme. Ich habe ihm dann wiederum mitgeteilt, dass ich an der Sache dranbleiben werde und ihn gebeten, das der Firma Rohner mitzuteilen. Am Sonntag vor einer Woche bin ich mit dem Zug von Basel nach Hause gekommen. Ich bin am Bahnhof Pratteln ausgestiegen und bin mit diesem grausigen Fischgestank empfangen worden. Dann bin ich nach Hause und habe der Firma Rohner ein Mail geschickt. Ich habe dieses Mail gleichzeitig an das Schweizer Fernsehen, an die BAZ, an den Prattler Anzeiger und an das Lufthygieneamt beider Basel geschickt. So ist es gewesen.

**Priska Forter:** Es ist nicht interessant was die Presse schreibt, es ist interessant, dass es nicht mehr stinkt. Die Interpellantin weiss selbstverständlich nicht besser, was dort produziert wird. Das Recht das zu erfahren habe ich gar nicht, im Gegensatz zur Behörde. Ob jetzt der Geruch nur stinkt kann eigentlich nicht über die Arbeitskleidung der Leute die dort arbeiten festgestellt werden. Das hat null Aussagewert zur Toxizität und das können wir erst dann wissen, wenn wir erfahren, was für Werkstoffe drin sind. Das im Lokal 9 und 39 produziert wird hätte den Gemeinderat irritieren sollen. Herr Mona vom Lufthygieneamt hat gesagt, er sei mehr als irritiert gewesen festzustellen, dass die Firma Rohner im Produktionslokal 9 (wo sie eine Sonderbewilligung bis Ende dieses Jahres hat) eine neue Produktion angefangen hat. Ist das dem Gemeinderat nicht aufgefallen ?

**GR Felix Knöpfel:** Wichtig ist festzuhalten, dass es keinen Sinn macht, den „Schwarzen Peter“ hin und her zu schieben. Was passiert ist, ist passiert. Es ist sicher für die, die es „schmecken“ oder dort in der Nähe wohnen nicht angenehm. Ich persönlich kenne den Geruch nicht. Aber ich denke, dass es ein bestialischer Gestank ist. Das sieht man auch daran, dass die Firma Rohner eine Task Force eingesetzt hat. Es ist immerhin von arbeitsinternen Leuten 45 mal gemeldet worden. Seit ich im Amt bin, habe ich mit der Firma Rohner in diesem Sinne noch nie etwas gehabt und die Firma Rohner ist auch beim Lufthygieneamt kein „schwarzes Schaf“.

Die Firma Rohner engagiert sich stark und ich darf auch hier darauf hinweisen, dass sie ab Sommer immerhin 30 neue Arbeitsplätze schafft. Die monatlichen Meldungen, wie sie Ruedi Brassel erwähnt, sind natürlich sehr arbeitsintensiv und arbeitsaufwändig. Man müsste das ja allen Firmen und dem Lufthygieneamt mitteilen. Jetzt sind wir gescheiter geworden und wir werden sicher immer wieder bei der Securitas nachfragen. Sie müssen das im Doppel melden. Das Lufthygieneamt hat die Firma Rohner und die Gemeinde gerügt und verlangt, das Zukunft wieder besser in die Hand zu nehmen. Wir wollen uns verbessern und wollen uns mit den Firmen, welche in diesen Vertrag eingebunden sind, zusammensitzen und eine Vereinfachung dieses Vertrages erreichen. Wir müssen vom Geschehenen lernen. Da bin ich ganz sicher.

**GP Willy Schneider:** Ich möchte zu der jetzt bestehenden Geruchsmeldestelle noch generell etwas sagen. Diese wurde vor 12 Jahren eingerichtet. Vorher ist diese von den drei Industriebetrieben STIA, Rohner und Buss in Eigenregie geführt worden. Weil die Verursacher nicht die Meldestelle sein können hat man geprüft, welche Institution 24-Stunden lang garantieren kann, dass mindestens jemand das Telefon abnimmt. Die Vereinbarung hat jetzt immerhin 12 Jahre gehalten und folglich kann nicht alles falsch gewesen sein. Es geht natürlich nicht, dass die Person am Telefon die Meldung nicht neutral entgegennimmt. Sie hat keine Kommentare irgendwelcher Art zu machen. Das Gespräch muss entgegen genommen werden, das Protokoll ausgefüllt und dann weitergeleitet werden. Generell musste bei jedem Anruf sofort ein Besuch beim Anrufer durchgeführt werden. Dann aber musste man selbstverständlich Ausnahmen stipulieren und eine der Ausnahmen ist: Bei Meldung deren Geruch in einem vom Verursacher bereits mitgeteilten Ereignis liegen. Also ist klar, dass man nicht ausrückt, nachdem man schon weiss, wer der Verursacher des Geruchs ist. Was es aber als Ergänzung zu dieser Vereinbarung braucht, ist ein Vorgehen bei ausserordentliche Lagen. Das jetzt, das ist eine ausserordentliche Lage und das Lufthygieneamt, die Firma Rohner und die Gemeinde müssen zusammensitzen. Dabei ist zu erörtern, wie gehen wir vor, wenn konstant und über eine längere Zeit solche Meldungen eingehen. Ich bin froh, dass wir nicht den „Schwarzen Peter“ herumreichen. Weder die Gemeinde Pratteln, noch das Lufthygieneamt und die Securitas hätten Lösungen, wie man den Gestank endlich weg bekommt. Die Firma Rohner unternimmt alle Anstrengungen, die Situation zu beheben. Auch die Firma Rohner hat noch keine Ahnung was für ein Molekül diesen Geruch auslöst. Sie haben auch mit Hilfe von Gaschromatographen das noch nicht feststellen können. Hier geht es nicht um ein defektes Ventil oder Rohr, welches man repariert und der Fall ist erledigt. Hier geht es um eine Produktion, welche man offensichtlich noch nicht im Griff hat.

**Walter Biegger:** Mein damaliger Chemielehrer Franz Bucherer hat das Chemiefach wie folgt definiert: „Chemie ist ein Fach, was chlöpft und stinkt“. Damit ist eigentlich schon viel gesagt. Solange wir Chemiebetriebe in der Gemeinde haben wird es solche Zwischenfälle geben. Welche Lehren sind aber daraus zu ziehen ? Die zuständigen Stellen wie Gemeinderat, Securitas und Lufthygieneamt müssen in Zukunft schneller informieren und schneller reagieren. Wenn informiert wird, ist schon vieles vom Problem behoben.

**Priska Forter:** Laut Lufthygieneamt stinkt es wahrscheinlich nach einer Mischung aus einer Synthese von Amine und Mergatane. Mit einem Liter dieser Mischung kann man das St. Jakobs-Station so verstinken, dass man darin nicht mehr leben kann. Meine konkrete Frage: Am Freitag hat es geheissen, dass wenn es am Freitagnachmittag nicht aufhört zu stinken, will das Lufthygieneamt die Produktionsstilllegung verlangen. In den letzten 15 Jahren ist es oft so gesagt worden, aber nur ganz knapp in der Schweizerhalle durchgekommen. Sonst nie mehr. Was kann jetzt

der Gemeinderat machen, wenn es heute noch weiterstinkt und in einer Woche auch noch ?

**GR Felix Knöpfel:** Ich zitiere den Schlusssatz aus dem Brief des Lufthygieneamtes vom 17. April 2002: „*Wie Sie aus unserem Brief vom 16. April an die Rohner AG (das war ein Tag vorher, Kopie wurde Ihnen zugestellt), entnehmen konnten, würden wir bei einem allfälligen Misserfolg der geplanten Geruchsminderungsmaßnahmen eine vorübergehende Produktionseinstellungsverfügung in Betracht ziehen. Für eine erfolgreiche Intervention im obigen Sinne ist eine lückenlose Dokumentation unabdingbar.*“

**Ruedi Brassel:** Gedenkt denn der Gemeinderat einfach zu warten und möglichst die Nase wegzuhalten, solange etwas schmeckt und bis irgendwann das Problem gelöst ist ? Oder findet es der Gemeinderat nicht sinnvoll, auch im Interesse der betroffenen Bevölkerung, klare Signale zu geben und dass die Produktion gestoppt werden soll, bis man das Problem lösen kann.

**GP Willy Schneider:** Gemäss Information der Firma Rohner läuft die jetzige Produktion noch 10 Tage im Maximum. Dann ist dieser Auftrag abgeschlossen. Es wäre natürlich im Interesse der Sache und der Firma Rohner, dass man in den verbleibenden 10 Tagen herausfinden würde, wo die Quelle dieser Gestankemission ist. Wir als Gemeinderat können sowieso nicht sagen, die Produktion muss eingestellt werden. Dazu haben wir kantonale Behörden, welche die Befugnis dazu haben. Die Gemeinde ist es nicht.

**ER-Präsidentin Maya Wittwer:** Ich finde auch, dass dies ein wichtiges Thema ist, aber ich bitte Sie, langsam aber sicher zum Ende zu kommen.

**Stephan Ackermann:** Ich bin recht schockiert über die sehr heikle und gefährliche Sache und ich hoffe, dass man da in Zukunft wirklich anders vorgeht. Sowohl von Seiten der Gemeinde, als auch von Seiten der Betreiber, und dass diese dafür sorgen, dass sie wissen was oben weggeht.

---

**Geschäft Nr. 2201                      Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 375'000.— für die Sanierung des Kunststoffbelages der Aussenanlagen des Sekundarschulhauses Fröschmatt**

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 9. April 2002

Eintreten und Direktberatung:

**GR Denise Stöckli:** Vielleicht waren vor fast 28 Jahren einige von Euch dabei, als man das Fröschi und seine Aussenanlagen eingeweiht hat. Mittlerweile ist die ganze Anlage in die Jahre gekommen und es ist so, dass man den roten Platz der Aussenanlage sanieren muss. Er ist wegen der grossen Unfallgefahr dringend sanierungsbedürftig. Die Oberfläche ist abgenützt und auch die geflickten Stellen sind Holper- und Stolperhindernisse. Diese Aussenanlage wird von Jugendlichen in ihrer Freizeit viel benutzt. Im Projektbeschrieb sehen sie, dass man aufgrund einer chemische Analyse festgestellt hat, dass dieser alte Kunststoffbelag Schwermetall ent

hält und als Sondermüll entsorgt werden muss. Darum kommt die ganze Sanierung teurer als im Budget angenommen. Ich möchte Sie trotzdem bitten, diesen Bruttokredit zu bewilligen. Sie sehen auch, dass der Kanton bereit ist, ein Drittel dieser Sanierungskosten zu übernehmen. Das sind doch immerhin 120'000.— Franken. Wir möchten in den Sommerferien die ganze Anlage sanieren, damit man im Herbst wieder darauf spielen kann.

**Heinz Mattmüller:** Ich habe eine ganz prinzipielle Frage und es ist keine Kritik. Sie haben vielleicht gehört, dass der Kanton jetzt die Realschulen übernimmt. Dies kostet circa 34 Millionen und es gibt Gemeinden, welche an den Realschulen nichts mehr sanieren, weil sie sich sagen, dass dies dann ja sowieso der Kanton machen muss. Die Sekundarschulen gehören ja dem Kanton. Nun würde mich interessieren, wofür die Gemeinde denn zuständig ist. Das ist jetzt die Umgebung und eine Sportanlage. Betrifft das denn nicht die Obliegenheit des Kantons und machen wir denn jetzt mehr als wir müssten? Wie sie sagen, bezahlt der Staat ein Drittel. Muss er das oder muss er das nicht? Wie ist das Verhältnis? Was muss der Staat zahlen und was müssen wir bezahlen? Das ist mir nicht klar und das würde ich gerne wissen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Gemeinde einfach von sich aus CHF 375'000.— zahlt, wenn es der Kanton tun würde. Was müssen wir machen und wofür sind wir verantwortlich?

**GR Denise Stöckli:** Das Schulhaus gehört ja immer noch der Gemeinde. Die Erstellung erfolgte vor 30 Jahren durch die Gemeinde und wir sind noch immer im Besitz der Anlagen. Wenn wir sie weiterhin nutzen wollen, müssen wir sie jetzt sanieren. Wir wissen nicht, wann die Übernahme der Schulhäuser durch den Kanton passiert und wenn wir diese Sanierung jetzt nicht machen, müssen wir den Platz sperren. Das wäre schade, denn er wird in der Freizeit viel benutzt. Dieser Drittel ist noch nicht definitiv zugesprochen, ist aber von Seiten des Kantons Usanz. Die spezielle Kommission hat diese Woche Sitzung und das Geschäft ist traktandiert. Telefonisch haben wir bereits die Auskunft bekommen, dass wir einen Drittel bekommen.

**GR Max Hippenmeyer:** Es besteht dort ein Unfallrisiko und wir können es uns gar nicht leisten, wenn dort irgend etwas passieren würde. Es ist auch ganz klar, dass die Häuser, welche nicht saniert sind und nicht in einem guten Zustand sind, einfach zu einem schlechteren oder billigeren Preis übernommen werden. Dort muss man keine Angst haben, dass wir irgendwas zum Fenster hinaus werfen. Der Vorlage können Sie also ohne weiteres zustimmen.

**Dora Ris:** Die SP-Fraktion steht hinter dieser Sanierung. Es ist wirklich dringend nötig, dass dort etwas geschieht. Ich würde Ihnen empfehlen, auf der Anlage zusätzliche Abfallkübel zu platzieren. Und zwar an geeigneter Stelle und nicht zu klein. Damit schaffen wir die Möglichkeit für ein bisschen mehr Ordnung.

**Urs Schneider:** Auch die SVP-Fraktion steht hinter dem Projekt und wir werden die CHF 375'000.— bewilligen. Gut finde ich am Projekt, dass man von drei Laufbahnen auf zwei reduziert hat, dafür die vorgeschriebene Breite von 1.22 Meter einhalten kann und auf die Hochsprunganlage verzichtet. Ich finde nicht gut, dass es CHF 75'000.— mehr kosten soll als budgetiert gewesen. Die Fraktion der SVP empfiehlt den Bruttokredit von CHF 375'000.— zu genehmigen.

#### Abstimmung:

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Der Bruttokredit von CHF 375'000.— für die Sanierung des Kunststoffbelages der Aussenanlage des Sekundarschulhauses Fröschmatt wird genehmigt.

---

**Geschäft Nr. 2158      Renovation Dorfturnhalle, Kreditbewilligung von CHF 300'000.— für die Bearbeitung des Bauprojektes (Bericht der Bau- und Planungskommission)**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 4. September 2001
- Bericht der Bau- und Planungskommission 11. März 2002

Eintreten und Direktberatung

**Kommissionspräsident Wolfgang Märki:** Die Bau- und Planungskommission hat das Geschäft sorgfältig angeschaut. Es geht jetzt nur um den Projektkredit, aber es ist ja nicht sinnvoll, einem Projektkredit zuzustimmen, wenn man nicht bereit ist, nachher auch den Baukredit zu genehmigen. Ich habe noch ein paar Ergänzungen zum Bericht. Nach unserer Beurteilung ist die Dorfturnhalle jetzt renovationsbedürftig. Das heisst, man muss jetzt etwas machen und es reicht nicht, wenn man nur den Maler kommen lässt. Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt gekommen, denn die Dorfturnhalle ist auch renovationswürdig. In der letzten Einwohnerratsdebatte ist speziell noch die Variantenfrage aufgetaucht. Die Bau- und Planungskommission unterstützt nach eingehendem Abwägen der beiden Varianten und nach den erhaltenen Informationen der RETUSCH-Kommission die Variante Uno A. Wir sollten das ganze auch in einem grösseren Zusammenhang sehen. Man hat in den 80-er Jahren das Dorfzentrum im Bereich der Schlossstrasse Süd / Schmittiplatz neu gestaltet und die Fortsetzung Richtung Norden hat man dann gestoppt. Die Dorfturnhalle steht nach unserer Beurteilung für die Fortsetzung der Dorfzentrumsgestaltung nicht im Weg. Ich verweise auf die Punkte 3 und 9 unseres Berichtes. Ich komme zum letzten Punkt. Auch das ist schon diskutiert worden und es geht ums Geld. Das Geld ist auch der Grund, warum unser Beschluss nicht einstimmig zustande gekommen ist. Die Betriebskosten haben wir im Bericht angegeben, so wie sie uns vorgelegt worden sind. Mit der vorgesehenen Finanzierung kann man dafür sorgen, dass die Abschreibungen nicht diesen grossen Sprung machen, wenn wir dieses Geld zu Lasten der Anlagerechnung nehmen müssen. Es ist aber ganz klar, diese 2,7 Millionen finanziert werden müssen, das heisst verzinst und innert nützlicher Frist amortisiert werden. Die Jahreskosten für Kapitaldienste, das heisst Verzinsung und betriebskostenmässige Amortisation plus die Betriebskosten selber belaufen sich in der Grössenordnung von CHF 200'000.— bis 250'000.—. Wie gesagt, die Kommission ist der Meinung man sollte das machen. Wichtig ist aber auch, dass man das der Bevölkerung bekannt geben muss. Man kann nämlich den Betrag auch umrechnen. Wenn man bedenkt, dass ein Verein, welcher die Dorfturnhalle einen Abend in der Woche benutzt (es kann auch irgend ein anderes Gebäude sein), dem steht ein Aufwand der Gemeinde in der Grössenordnung von CHF 10'000.— pro Jahr gegenüber. Das kann ein Verein als Kostenbeitrag nie bezahlen. Wir sind deshalb absolut der Meinung, die Gemeinde soll das zur Verfügung stellen. Aber man darf das auch sagen, so dass sich die Leute dessen bewusst sind. Die Bau- und Planungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat mit grossem Mehr, diesem Projektkredit zur Renovierung der Dorfturnhalle zuzustimmen.

**Walter Biegger:** Die SVP-Fraktion steht ganz klar hinter dieser Vorlage. Wir sind uns bewusst, dass da und dort noch weitergehende Begehrlichkeiten vorhanden wären und auch ich hätte vielleicht gerne Uno B gehabt. Es gilt, sich aber einfach nach der Decke zu strecken und sich nicht in Wunschvorstellungen zu verlieren, welche die Realisierung um weitere Jahre verzögert. Dieser Schandfleck, wie sie die Dorfturnhalle heute für die Gemeinde Pratteln darstellt, muss endlich saniert werden. Weitere Verzögerungen sind nach unserer Meinung nicht zu verantworten. Auch nicht aus der Sicht der Vereine, welche sich am Dorffest 1997 für die Dorfturnhalle massiv eingesetzt haben. Wir dürfen die Geduld dieser Leute nicht strapazieren. SVP-Fraktion kann sich weitgehend den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Bau- und Planungskommission anschliessen, insbesondere, dass die Dorfturnhalle nicht mehr als eigentliche Turnhalle, sondern als Mehrzweckraum für Schule, Kultur, sanften Sport und multikulturell genutzt werden darf. Ich bitte Sie, dieser Vorlage zuzustimmen.

**Siegfried Siegrist:** Der Bericht der Kommission liegt jetzt vor und mit dem Bericht kann sich auch die FDP-Fraktion einverstanden erklären und dem Kredit zustimmen. Wir möchten den Gemeinderat und die Projektleitung darauf hinweisen, dass man jetzt unverzüglich hinter diese Angelegenheit gehen muss. Die Vereine und die Bevölkerung erwarten von uns, dass wir jetzt vorwärts machen und der Schandfleck mitten im Dorf endlich einmal verschwindet.

**Rös Graf:** Auch die SP-Fraktion ist heute grossmehrheitlich für die Renovation der Dorfturnhalle. Wir haben zwar anfänglich grosse Probleme gesehen bezüglich der Finanzierung. Für uns ist aber immer klar gewesen, dass diese Dorfturnhalle gebraucht wird und erhaltenswert ist. Die drei Gebäude Dorfturnhalle, Schlossschulhaus und Burggartenschulhaus gehören ganz klar zusammen. Es ist aber auch ganz klar, dass diese Renovation die Gemeindefinanzen jährlich mit CHF 250'000.— an Betriebs- und Kapitalkosten belasten wird. Wir können uns da nichts vormachen und die Schulden werden bestimmt wieder ansteigen. Wir wollen die Dorfturnhalle und wir sind überzeugt, dass, wenn sie renoviert ist, auch rege gebraucht wird. Wir können also mit gutem Gewissen dem Projekt Uno A zustimmen.

**Heinz Schiltknecht:** Ich habe eigentlich nur eine Frage. Es betrifft Seite 2, Punkt 7 des Berichts. Was das heissen soll, soll mir jemand „ausdeutschen“, denn so verstehe ich das überhaupt nicht und so ist es sicher auch nicht richtig.

**Florian Reischenböck:** Wir von den Schweizer Demokraten finden, dass wir hier in Pratteln das Kuspo haben, welches nicht ausgelastet ist. Wir finden es nicht nötig, dass man dann noch eine Konkurrenz dazu schafft. Aber wir sind auch der Meinung, dass man die Dorfturnhalle total renoviert, aber Eins zu Eins. So wie sie jetzt ist, als Turnhalle und nicht als zweite Mehrzweckhalle und somit noch mehr ungenützte Kapazität entsteht.

**Stephan Ackermann:** Die Dorfturnhalle ist in einem erbärmlichen Zustand. Eine Renovation ist überfällig. Das vorliegende Projekt Uno A besticht durch Einfachheit und im Vergleich mit der anderen Variante mit tieferen Kosten. Die Kosten sind nach Schätzungen bei CHF 2'750'000.— plus CHF 300'000.— für die Planung. Das sind 3 Millionen

**GP Willy Schneider:** Das ist ein Teil von diesem Kredit.

**Stephan Ackermann:** Dann sind es knapp 3 Millionen. Die Bau- und Planungskommission rechnet uns vor, dass man mit CHF 50'000.— bis 100'000.— jährlichen Betriebskosten rechnen muss. Wie wir vorher gehört haben, muss man mit Kosten

bis CHF 250'000.— jährlich rechnen. Das ist sehr viel Geld für unsere Gemeinde. Wir wissen alle, dass im Einwohnerrat über kleinere Beträge sehr lange gestritten und dann oft gespart wird. Genau das sparen macht mir weh, weil es sich um Projekte handelt, welche sozial und ökologisch sinnvoll sind. Ich fürchte, dass der Verteilungskampf noch intensiver wird und die nötigen Investitionen zum Beispiel im Sozialbereich zukünftig noch geringer ausfallen werden. Aus diesen Überlegungen kann ich dem Projekt Dorfturnhalle heute nicht zustimmen. Solange die Rechnung nicht deutlich im Plus abschliesst und sozial oder ökologisch sinnvolle Investitionen nicht getätigt werden können, dürfen wir leider, und ich sage wirklich leider, dieser Sache nicht zustimmen.

**Samuel Wehrli:** Ich glaube es ist unbestritten, dass man die Dorfturnhalle sanieren sollte. Die Bevölkerung hat am Dorffest wirklich massgeblich mitgeholfen, damit das jetzt zustandgekommen ist. Wir alle hier wissen aber auch, dass wir mit den Finanzen sorgfältig umgehen sollen. CVP/EVP-Fraktion ist im Grundsatz klar dafür, die Dorfturnhalle zu sanieren, aber dies darf nicht zu einer Neuverschuldung führen. Deshalb stellen wir folgenden Zusatzantrag:  
*„Die Finanzierung beziehungsweise Realisierung der Renovation Dorfturnhalle darf nicht zu einer Neuverschuldung der Gemeinde Pratteln führen.“*  
Ich bitte Sie diesem Antrag zuzustimmen.

**Wolfgang Märki:** Zur Frage von Heinz Schiltknecht. In einer Gemeinde führt man keine Anlagenbuchhaltung. In einem Betrieb macht man das vielleicht. Da hat man die einzelnen Objekte und das investierte Geld wird verzinst und abgeschrieben. So erhält man die genauen Kosten dieses Anlageteils. In der Gemeinde wird über alle Anlagen zusammen der Buchwert festgestellt und von diesem 10 Prozent abgeschrieben. Und wenn man jetzt das Geld vollkommen aufnehmen müsste, dann würde der Buchwert der Anlagen um diesen Betrag ansteigen. Das heisst, von diesem Differenzbetrag muss man zwingend jedes Jahr 10 Prozent abschreiben. Wenn aber das Geld beschafft wird über Vorfinanzierungen oder über den Verkauf von Liegenschaften, die nicht mehr gebraucht werden, dann steigt der Anlagewert, der Buchwert nicht und folglich braucht es keine 10 Prozent Abschreibungen. Das ist die Überlegung, welche dahinter steht. Jetzt hat man das Geld aber nicht auf einem Sparkonto angelegt, damit man es für die Renovation holen kann. Das gäbe ja weniger Zins, als wenn man dieses Geld vorübergehend braucht, um die Schuld zu reduzieren. Genau so, wie wenn man vorübergehend die Hypothekenschuld eines Einfamilienhauses reduziert, weil man Geld übrig hat. Wenn man dann das Bauprojekt realisieren will, muss man das Geld wieder nehmen. Dann kann es passieren, dass die Schuld wieder ansteigt.

**Philipp Schoch:** Ich finde den Antrag von Samuel Wehrli im Grundsatz gut. Ich weiss aber nicht, ob er zum richtigen Zeitpunkt kommt. Es geht jetzt ja erst um die Projektierung und noch nicht um den Baukredit. Man muss den Antrag jetzt erstmals so an den Gemeinderat weitergeben und die Verwaltung soll diese Überlegungen in der Vorlage über den Baukredit einbeziehen.

**Walter Biegger:** Stephan Ackermann sagt, man müsste eigentlich sanieren aber in Anbetracht von anderen Aufgaben und sozialen Anliegen der Gemeinde, muss man nein sagen. Die Dorfturnhalle musste wirklich lange hinten anstehen und es ist ein Schandfleck in der Gemeinde Pratteln. Das finden sie nirgendwo im ganzen Kanton. Sämi Wehrli sagt zwar ja zur Sanierung der Dorfturnhalle, will aber keine Neuverschuldung. Das ist doch „blauäugig“. Dieses Projekt ist seit Jahrzehnten überfällig und es darf auch wieder einmal „Geld in die Hände genommen werden“.

**Heinz Schiltknecht:** Mit einem Gesuch an den Regierungsrat – und vorausgesetzt, dass er das bewilligt – kann auch objektbezogen und individuell mit weniger als

10 Prozent abgeschrieben werden. So geschehen zum Beispiel beim KSZ und anderen Objekten. Also man schreibt sehr wohl pro Objekt ab. Von daher ist die hier gemachte Aussage eigentlich nicht richtig. Wenn ein Objekt verkauft wird, dann gehört dies in das Finanzvermögen. Eine Dorfturnhalle ist Verwaltungsvermögen. Da wurden zwei Sachen zusammen vermischt. Das geht nicht so und man kann das nicht machen. Es braucht die klare Aussage, dass wir jährlich 10 Prozent abschreiben. Das macht im Schnitt so und soviel und das wiederum erhöht die jährlichen Betriebskosten um den in den Ausführungen genannten Betrag. Das wäre korrekt und sauber gewesen. Aber das ist ziemlich „blauäugig“, wenn man den Leuten suggeriert, es kostet nur CHF 50'000.— bis 100'000.—. Es ist schlicht und einfach nicht wahr und es kostet einfach mehr. Wir müssen ja die Abschreibungen bezahlen und das kostet die Gemeinde Pratteln CHF 200'000.— bis 250'000.— per Annum.

**Heinz Mattmüller:** Unter Punkt 2 steht: *„die Erhaltung der Dorfturnhalle ist eine Zielvorstellung und ihre Nutzung steht nicht in Konkurrenz mit anderen Räumlichkeiten“*. Uns ist einfach nicht klar, wieso man die Dorfturnhalle so umbauen muss, wenn wir daneben noch das Kuspo haben. Wir sind ja auch nicht dagegen, dass man aus der Turnhalle wieder ein schönes Bild macht. Aber ich kann nicht für etwas einstehen, das mich nicht überzeugt und ich bitte Sie, dass man versucht, uns zu überzeugen. Ich habe einfach das Gefühl, es hat hier Leute, die ein bisschen Respekt haben, weil es hier Zuschauer von Vereinen hat, die ihnen vielleicht nächstes Mal ihre Stimmen nicht mehr geben.

**Priska Forter:** Also ich habe zwei Verständigungsfragen. So wie ich informiert bin, soll die Dorfturnhalle nicht als Konkurrenz zum Kuspo stehen und als show-room dienen, sondern auch für Primarschulklassen als Turnhalle zur Verfügung stehen. Zum Punkt 2: Ist es richtig, dass man die Vorfinanzierung transparent genutzt hat, um Schulden abzubauen? Insofern ist es ja nicht unbedingt eine Neuverschuldung, sondern man muss das jetzt einfach wieder aufnehmen.

**Max Hippenmeyer:** Ich möchte Sämi Wehrli bitten, den Antrag zurückzuziehen. Er ist in der Praxis schlicht nicht durchführbar. Vor Jahren hatten wir noch fast 50 Millionen Schulden gehabt. Mittlerweile haben wir aufgrund genügender Liquidität, keine anstehenden Projekte und der Sonderbeiträge von Baverim etc. die Schulden auf 32 Millionen reduzieren können. Wenn man den Vorschlag von Sämi Wehrli befolgen wollte, hätte man alles, was für die Dorfturnhalle vorgesehen wäre, auf ein separates Sparkonto legen müssen und es jetzt da wegnehmen. Die Absicht ist zwar lobenswert, aber wir haben das Problem Fremdverschuldung in den Legislaturzielen klar kommuniziert. 50 Prozent von den eigenen Mittel und da haben wir momentan genügend Spielraum, so dass die Dorfturnhalle noch Platz hat. Zu Heinz Schiltknecht: Es gilt zwischen buchhalterischen und liquiditätswirksamen Dingen zu unterscheiden. Wenn wir Geld in eine Vorfinanzierung legen, dann fließt bei einer Herausnahme kein Geld und ist nicht liquiditätswirksam. Die Finanzierung durch die Vorfinanzierung soll analog der Sportanlagen Sandgruben gemacht hat werden. Die 3 Millionen nehmen wir jetzt als ausserordentliche Abschreibung. Ergo wird sich der Buchwert des Ganzen nicht erhöhen, weil es ausserordentlich abgeschrieben wird in einem Plan der Vorfinanzierung, ergo fallen die von Heinz Schiltknecht erwähnten 10 Prozent gar nicht an. Bezüglich der Liquidität ist folgendes zu sagen: Wir erhalten zum Beispiel Anwänderbeiträge, welche wir gerade nicht ausgeben, dann verwenden wir das Geld um Schulden zu reduzieren. In der Rechnung konnten wir zum Beispiel CHF 610'000.— an Passivzinsen einsparen. Dass wir das Geld für das eine oder andere Projekt wieder einmal auf der Bank holen müssen, das dürfte auch klar sein. Das Ziel ist selbstverständlich nicht, wieder 50 Millionen zu erreichen, sondern, dass es sich bei 35 bis 37 Millionen einpendelt und wir danach wieder eine schöne Dorfturnhalle besitzen. Ich war auch lange Zeit sehr skeptisch, aber nachdem ich

einen Einblick bekommen habe bin ich heute der Meinung, dass Pratteln sich das sogar leisten muss. Wenn wir ein bisschen Attraktivitätsgewinn erreichen und neue Leute anziehen wollen, dann müssen wir diesen Schandfleck sofort beseitigen.

**Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer** mahnt die Anwesenden, sich kurz zu fassen und nur zweimal zum Geschäft zu reden (Ziffer 3.2.4 des Geschäftsreglements).

**Kurt Lanz:** Es darf doch schon noch erlaubt sein, dass man einen Unterschied macht zwischen Optik und Lebensqualität. Jeder sieht es anders und ich kann das nachvollziehen. Es wäre mir manchmal auch ein bisschen lieber, wenn man etwas mehr auf Wohnqualität schauen würde.

**Dieter Stohler:** Ich gehe davon aus und hoffe, dass wir zu diesem Kredit eine deutliche Mehrheit erhalten und bitte sie, dem Antrag für den Projektierungskredit der Dorfturnhalle klar zuzustimmen. Das sind wir der Gemeinde Pratteln und den Hunderten am Dorffest engagierten Personen wirklich schuldig. Ich bin nicht der Meinung, dass die Dorfturnhalle eine Konkurrenz zum Kuspo ist und auch nicht, dass das Kuspo unterbelegt ist. Stephan Ackermann hat gesagt, dass es Geld braucht für soziale Anliegen. Genau diese Dorfturnhalle ist ein soziales Projekt und Anliegen, weil es von Schule, Sport und Kultur genutzt wird. Die vielen Pratteler Vereine engagieren sich und wenn sie eine gute Infrastruktur bekommen, dient das unter anderem dazu, dass mancher Jugendliche von der Strasse weggeholt werden kann und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung findet. Zum Antrag von Sämi Wehrli: Für mich ist das absolut undurchführbar. Neuverschuldung ist eine Sache der Liquidität. Die einzelnen Ausgaben sind nicht in einem einzelnen Vermögensdiagramm auf der Aktivseite zugewiesen, sondern wenn die Neuverschuldung ansteigt, dann ist das eine Sache der Gesamtrechnung. Der Antrag ist grundsätzlich so undurchführbar und ich bitte Sämi Wehrli diesen zurückzuziehen oder ihn klar abzulehnen.

**GR Beat Stingelin:** Zu Heinz Mattmüller: In der Dorfturnhalle findet jetzt und auch nachher Turnen statt. Es ist also nicht so, dass sie einfach leer steht, denn sie wird benutzt von den Schulen, den Turnvereinen, der Laienbühne, für das Altersturnen und von Gymnastikgruppen. Als weiteres hat die IGOP von der Primarschule die Nachfrage erhalten, die Dorfturnhalle als Aula benutzen zu können. Die IGOP wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Dorfturnhalle weiter rege benutzt wird.

**Ruedi Brassel:** Die Dorfturnhalle ist architektonisch gesehen ein sehr wertvoller Bau und man darf ihn nicht schlechter machen als er ist. Es braucht aber mehr als nur eine Aussenrenovation, es braucht auch einen Nutzungszuwachs. Genau so, wie es Beat Stingelin vorher erwähnt hat. Wenn wir das Geld investieren wollen, dann müssen wir den Nutzungszuwachs erreichen. Sonst machen wir nur eine Hülle über etwas, das wir eigentlich gar nicht richtig oder nicht adäquat gebrauchen können. Es ist wahr, Die Dorfturnhalle ist ein soziales Anliegen und sie dient dazu, soziale und gesellschaftliches Treffen zu ermöglichen. Wichtig dabei ist aber, dass wir nicht einfach nur zustimmen, sondern auch sehen, dass auch die anderen sozialen Anliegen und Möglichkeiten zur Begegnung und zur Auseinandersetzung an einem anderen Ort geschaffen werden müssen. Diese beiden Sachen darf man nicht gegeneinander ausspielen. Wenn wir hier ja sagen, sind wir auch an einem anderen Ort in der Pflicht. Bezüglich dem Antrag von Samuel Wehrli kann ich mich in den meisten Punkten Max Hippenmeyer anschliessen. Diesen Antrag können wir so nicht annehmen, sonst müssen wir ein ganz neues Abrechnungssystem einführen oder wir könnten gar nichts mehr bauen. Wenn wir das Anliegen verwirklichen wollen, müssen wir eine Mehrverschuldung in Kauf nehmen. Ich bitte Euch zuzustimmen.

**Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer:** Bezüglich Rednerliste ist zu sagen, dass nur Kommissionsreferenten, Gemeinderäte, Funktionäre, Postulanten von dieser Bestimmung ausgenommen sind. Fraktionssprecher haben nur zweimal das Wort.

**Stephan Ackermann:** Ich habe meine Bedenken und befürchte, dass für andere Projekte plötzlich kein Geld mehr da sein wird. Für mich ist es so, dass wir hier eher sparen könnten als beim nächsten Geschäft Nr. 2200. Ich bin hier in der Minderheit, aber auch die Minderheit muss die Gemeinde vertreten.

**GR Rolf Wehrli:** Mich hat die Diskussion begeistert und überzeugter gemacht als ich eigentlich vorher gewesen bin. Ich war eigentlich eher skeptisch und es gibt nur ein Fazit: es ist soviel Herzblut da drin und man kann diesem Projekt nur einstimmig zustimmen.

**Samuel Wehrli:** Zum Gemeinderat: Es ist gut, dass plötzlich Geld vorhanden ist für solche Institutionen, denn 2,7 Millionen entsprechen praktisch einem jährlichen Investitionsvolumen der Gemeinde Pratteln im Schnitt der letzten Jahre. Betreffend der Finanzierung sollte sich der Gemeinderat auch über Desinvestitionen Gedanken machen. Muss die Gemeinde Pratteln Besitzer eines Restaurants sein? Bis heute habe ich nichts mehr gehört, dass man sich über irgendwelche Desinvestitionen Gedanken gemacht hat. Mir geht es nur darum, euch bewusst zu machen, dass hier eine Neuverschuldung eintritt. Und gegen das wehren wir uns einfach, besonders in einer solchen Grössenordnung und man sich auch fragen kann, ob sie in Konkurrenz zum Kuspo steht.

**Max Hippenmeyer:** Es stimmt so nicht ganz. Der Gemeinderat hat sich sehr wohl Gedanken gemacht. Wenn man die Legislaturziele liest und ich habe es hier drinnen bereits mehrere Male gesagt: wir müssen dort desinvestieren wo Mittel brach liegen oder nicht mehr benötigt werden. Zum Beispiel die Liegenschaft Netzboden oder Oberemattstrasse. Wir haben einen Kindergarten ins Finanzvermögen transferiert. Das ist alles im Gang und wir sind schon daran.

**Wolfgang Märki:** Solche Gedanken haben wir uns natürlich auch gemacht. Steht diese Turnhalle in Konkurrenz zum Kuspo oder steht sie in Konkurrenz zu anderen Objekten? Das haben wir schon durchdacht. Es ist uns gesagt worden, dass die Turnhalle als Mehrzweckraum und von der Schule genutzt wird. Es wird Verlagerungen von einem Ort an den anderen geben. Dass es Geld kostet ist ganz klar und die CHF 200'000.— bis CHF 250'000.— Jahreskosten bestehend aus Betriebskosten und Kapitaldiensten. Verzinsung und Amortisation sind da und kosten uns etwas. Wollen wir uns das leisten? Wir von der Kommission finden: ja, wir wollen uns das leisten.

**Einwohnerratspräsidentin Maya Wittwer** lässt über den Antrag Wehrli am Schluss abstimmen.

#### Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit 30 gegen 4 Stimmen und 3 Enthaltungen:

- ://: 1. Der Kredit für die Bearbeitung des Bauprojekts Dorfturnhalle, Variante Uno A, im Betrag von CHF 300'000.— wird bewilligt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: 2. Der Investitionsbetrag wird vollständig über die mit der Rechnung 1999 gebildeten Vorfinanzierung „Sanierung Schulbauten im Dorfkern (inkl. Dorfturnhalle)“ sichergestellt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen und einigen Enthaltungen:

://: 3. Der Antrag Samuel Wehrli wird abgelehnt.

---

## Fragestunde

Frage von Ruedi Brassel betreffend „Kriterien bei Entlassungen“ vom 16. April 2002.

Fragebeantwortung durch **GR Beat Stingelin**:

*1. Nach welchen Kriterien wird eine solche Kündigung ausgesprochen ?*

Das Kriterium ist das Personalreglement vom 24.01.2000; Paragraph 19 Absatz 2: „Die Anstellungsbehörde kann das Arbeitsverhältnis nach Ablauf der Probezeit kündigen, wenn triftige Gründe diese Massnahme rechtfertigen“. Was sind triftige Gründe? Im Absatz 3b heisst es: „die Arbeitsstelle aufgehoben oder geänderten organisatorischen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst wird und die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter die Annahme des neuen oder eines anderen zumutbaren Aufgabenbereichs ablehnt oder die Zuweisung eines anderen Arbeitsbereiches nicht möglich ist“. Und das ist in diesem Fall so.

*2. Welche Rolle spielt dabei das Anciennitätsprinzip, das die Treue von langjährigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bewertet ?*

Im Paragraph 19 des neuen Personalreglements steht von dem nichts drin. Da ist überhaupt nichts drin von einem Kündigungsschutz für langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das fehlt.

*3. Werden in den verschiedenen Institutionen des Bildungsbereichs unterschiedliche Kriterien angewendet ?*

Nein. In der Gemeinde Pratteln wird alles nach dem Paragraphen 19 des Personalreglements gehandhabt. Die Kindergärtnerinnen sind von der Gemeinde Pratteln angestellt.

*4. Wer stellt im Kindergartenbereich den Antrag, wer zu entlassen sei ?*

Darauf gibt das Reglement keine klare Antwort. Die Anstellungsbehörde einer Kindergartenlehrperson ist der Gemeinderat auf Antrag der Kindergartenkommission. Also handhaben wir die Entlassung gleich wie die Anstellung. Auf Antrag der Kindergartenkommission hat man zuerst den entsprechenden Kindergarten geschlossen und wiederum auf Antrag der Kindergartenkommission entlässt der Gemeinderat diejenige Person des Kindergartens, welcher geschlossen werden muss.

*5. Werden die Alternativen zu einer Entlassung geprüft ?*

Das hat man gemacht. Man hat versucht, dieser betroffenen Frau einen Kurs oder Weiterbildung anzubieten. Man hat geprüft, ob Kolleginnen oder Kollegen bereit wären, sich frühzeitig zu pensionieren oder ob zwei 50% Stellen aufgehoben werden können und ähnliches. Dazu ist aber bis jetzt niemand bereit gewesen und der Kanton hat uns nicht erlaubt, die ganze Ausbildung zu machen.

*6. Wie zeichnet sich die künftige Entwicklung der zu führenden Kindergärten ab? Welche Veränderungen ergeben sich aufgrund des zu erwartenden neuen Bildungsgesetzes?*

Es ist so, dass die Kinderzahlen im Moment tendenziell rückläufig sind. Das neue Bildungsgesetz sagt, dass die Richtzahl neu 21 und die Höchstzahl 24 ist. Das steht im neuen Bildungsgesetz, welches jetzt im Landrat in Bearbeitung ist. Das neue Bildungsgesetz sagt aber auch aus, dass sowohl im Kindergarten als auch in Primar- und Sekundarschule ab und mit dem sechsten fremdsprachigen Kind in einer Klasse, die Kinder wieder doppelt gezählt werden. Das heisst, das sechste und jedes nächste fremdsprachige Kind wird doppelt gezählt. Wenn das Gesetz verabschiedet ist, ist es ganz sicher, dass es wieder mehr Kindergärten oder evtl. auch mehr andere Klassen geben müsste. Wenn man bedenkt, dass in der Längi, aber auch zum Teil an anderen Orten, praktisch keine Schweizer Kinder mehr im Kindergarten sind, kommt diese Klausel bei uns ganz sicher zum tragen. Das hilft dieser Frau aber im Moment nicht, da das Bildungsgesetz noch nicht in Kraft getreten ist. Wenn das aber kommt, dann braucht es wieder mehr Kindergärten.

*7. Gibt es zusätzliche Alternativen zu einer Entlassung falls in absehbarer Zeit die Zahl der Kindergärten wieder erhöht werden muss?*

Es ist so, dass die fachliche Kompetenz einer Kindergartenlehrkraft grundsätzlich auf die Betreuung von Kindern ausgerichtet ist. Man könnte sich vorstellen, dass im Tagesheim oder im Robispielplatz eine solche Möglichkeit wäre. Aber im Moment sind in diesem Bereich keine Stellen frei. Das heisst, wir haben dort keine vakanten Stellen und wenn man diese Kindergärtnerin weiter beschäftigen will, dann müsste der Einwohnerrat jetzt die entsprechende Stelle schaffen. Er müsste die Stelle in den Stellenplan aufnehmen und dazu die Mittel sprechen. Sonst geht es nicht. Wir haben auch bei der Diskussion des Stellenplans diskutiert, dass wir die Kindergartenlehrpersonen separat ausweisen und dass der Gemeinderat diese nicht in die Verwaltung „reinmauscheln“ kann und dann machen was er will. Das sind die Antworten auf die Fragen von Ruedi Brassel.

**Ruedi Brassel** möchte zwei Zusatzfragen stellen. Zuerst möchte ich sagen, dass ich nur sehr bedingt zufrieden bin mit der Beantwortung. Das, weil der Gemeinderat einen Zusammenhang herstellt zwischen dem Kindergarten der geschlossen wird und der Kindergärtnerin, die entlassen werden muss. Dieser Zusammenhang ist nicht zwingend und das wäre meine Frage: Warum geht der Gemeinderat davon aus, oder analog Kindergartenkommission, dass dieser Zusammenhang zwingend ist? Ist es nicht gerade so, dass im Schulbereich nicht automatisch die Lehrerin oder der Lehrer entlassen wird, wo jetzt gerade eine Klasse wegfällt? Die zweite Frage: Ist es nötig, dass provisorische Stellen für einen Spezialauftrag im Stellenplan aufgenommen werden müssen oder gebe es nicht dort eine projektbezogene Finanzierung, ohne dass die Stelle in den Stellenplan aufgenommen werden muss? Dies durch einen Einwohnerratsbeschluss, respektive mit dem entsprechenden Kredit. Im Bereich familienergänzende Kindererziehung und Betreuung sind sehr viele Projekte mit kantonaler und Bundesunterstützung möglich und sinnvoll. Es ist da einiger Handlungsbedarf und ich glaube, man könnte so eine Zwischenzeit sinnvoll nutzen und jemanden so einsetzen.

**GR Beat Stingelin:** Es ist immer tragisch, wenn man jemanden entlassen muss. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass ich einer Frau sage, dass es eigentlich sie treffen würde, aber wir nehmen eine andere. Mit dem gleichen Recht würde die andere Frau sagen, dass der Kindergarten ja da ist und die Frage stellt, warum gerade sie gehen muss. Ich denke es ist sehr schwierig. Man hat den Kindergarten nicht einfach ausgesucht, weil man der Kindergärtnerin künden will, sondern weil es in diesem Kindergarten klar keine Kinder hat. Das ist der Grund, warum die Kommission

den Antrag so gestellt hat. Bei den Projekten muss ich sagen, dass ich persönlich nicht weiss, wann das neue Bildungsgesetz verabschiedet wird. Ich kann mir das Jahr 2003/2004, wahrscheinlich eher das Jahr 2004 vorstellen. Mir ist kein Projekt bekannt, wo uns jetzt soviel Geld vom Kanton zur Verfügung gestellt wird und wir die Kindergärtnerin weiterbeschäftigen könnten.

---

## **Geschäft Nr. 2193      Bewilligung der Bruttokredite für die Erschliessungsanlagen „Am Zunftackerrain“**

### Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 12. März 2002

**GR Denise Stöckli** (mit Hellraumprojektor): Der Zunftackerrain ist eine Strasse, die man vielleicht nicht so kennt in Pratteln. Wenn man in die Mergelstrasse hineinfährt, fährt man in eine Sackgasse ohne Kehrrplatz und auf dem Plan sehen sie, dass die Strasse plötzlich aufhört. Die Leute, die am Ende der Strasse wohnen, müssen einen grossen Umweg machen, wenn sie ins Dorf gelangen wollen. Sie könnten aber auch über den Gartenhag, müssen aber aufpassen, dass sie dann am Schafbock vorbeikommen, der da weidet. Beides ist sehr umständlich und deshalb möchten wir jetzt diese Strasse endlich ausbauen. Man kann sich fragen, warum wollen wir diese Strasse jetzt ausbauen, es ist bis jetzt doch auch gegangen? Wir haben dort ein privates Bauvorhaben, erneuerungsbedürftige Werkleitungen und einen ganz schlechten Strassenzustand, wo wir immer wieder Unterhaltsarbeiten ausführen müssen. Für die Anwohnerschaft ist es mühsam. Auch der Winterdienst kann nur bedingt erledigt werden und die Kehrtafelabfuhr kann nicht bis nach oben fahren. Die Leute müssen ihre Kehrtafeln unten an die Mayenfeslerstrasse stellen. Wir wollen hier gemäss dem GEP das Trennsystem bei der Kanalisation einführen. Wir möchten auch die jedes Jahr anfallenden Unterhaltskosten verringern und vor allem wollen wir für die Leute, die dort oben wohnen einen direkten Weg ins Dorf erstellen. Vorausgegangen sind zwei Orientierungsversammlungen, wo man alle Anwohnerinnen und Anwohner eingeladen hat. Man hat ihnen das Projekt vorgestellt und die finanziellen Folgen erläutert. Nach der heutigen Sitzung kann die Planaufgabe mit Einsprachemöglichkeiten gemacht werden. Danach sollen die Landerwerbsverfahren und die Ausarbeitung der Kaufverträge an die Hand genommen werden. Erst nach den Landabtretungen können wir zur Submission und Arbeitsvergabe gehen. Wir möchten im Sommer mit den Bauarbeiten beginnen und ich bitte Sie, der Vorlage so zuzustimmen.

**Philipp Schoch:** Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen sind für diese Vorlage. Wir möchten diese Strasse gerne erschliessen und bauen. Wir finden diese Strasse mit über 1 Million sehr teuer, sind aber trotzdem für die Realisierung und hoffen natürlich, dass die Million unterschritten wird.

**Rös Graf:** Bei der SP Fraktion ist diese Vorlage unbestritten. Wir werden also dem Bau dieser Strasse und den dazugehörigen Erneuerungen der verschiedenen Leitungen zustimmen. Es ist allerdings ein sehr stolzer Betrag. Positiv aufgefallen ist uns, dass die Entwässerung jetzt im Trennsystem durchgeführt wird, was ja das Entwässerungskonzept seit dem Jahre 1996 verlangt. Ich hätte eigentlich gerne gewusst, ob ich in Zukunft mit 50 oder nur mit 30 Stundenkilometer durchfahren kann. Ich meine, dass auf so einem Strässchen nur mit 30 Stundenkilometer gefahren werden darf. Aber vielleicht ist dieses Anliegen schon lange in der Pipeline der

Gemeindepolizei. Keine Angst, ich stelle keinen Antrag für Tempo 30. Ich denke das ist ohnehin Sache der Anwohnerinnen und Anwohner.

**Wolfgang Märki:** Auch wir von der FDP Fraktion stimmen dieser Vorlage zu. Wir finden es ein sinnvolles Projekt. Die Strassenbreite von 4.60m ist etwas wenig. Aber die Anwohner haben anscheinend zugestimmt und der Einwohnerrat hat den Bau- und Strassenlinienplan vor eineinhalb Jahren genehmigt.

**GR Rolf Wehrli:** Ich möchte bezüglich Wasserleitung noch eine Ergänzung machen. Im Plan ist die Dimension falsch angegeben, aber in der Vorlage ist es mit 100mm richtig. Ich möchte das entschuldigen.

**Albert Willi:** Die SVP Fraktion stimmt dieser Vorlage ebenfalls zu. Klar ist der Preis etwas hoch für diese Strasse, aber in diesem Gelände und mit den vielen Arbeiten die man zusätzlich machen muss, wird es wohl diesen Preis kosten. Auch wir hoffen, dass wir günstiger abrechnen können.

**GR Denise Stöckli:** Bezüglich der Breite von 4.60m ist zu sagen, dass dies ein Entscheid der Anwohnerschaft ist. Es wird durch das auch etwas günstiger. Wir können nicht einzelne Strassen mit 30 Stundekilometern belegen. Neu ist, dass man mit sogenannten Begegnungszonen das Tempo 20 einführen kann. Diese Zonen lösen die bekannten Wohnstrassen ab. Ich meine, dass dieses Ansinnen von der Anwohnerschaft kommen muss.

#### Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Dem Bau der Erschliessungsanlagen „Am Zunftackerrain“ wird zugestimmt.

2. Die dazu notwendigen Bruttokredite von

CHF 230'000.— Für die Erneuerung der Kanalisation (Konto Nr. 710.501.12)

CHF 160'000.— Für die Ringerschliessung der Wasserleitung (Konto Nr. 700.501.12)

CHF 680'000.— Für den Neubau der Erschliessungsstrasse inkl. Landerwerb (Konto Nr. 620.501.12)

werden bewilligt.

---

## **Geschäft Nr. 2200**

## **Zukunft der Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln. Kenntnisnahme des Konzepts Jugendarbeit und Grundsatzentscheid betreffend Weiterführung der Mandate Jugendbeauftragte und Familien- und Erziehungsberatung**

#### Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. April 2002

Eintretensdebatte:

**GR Felix Knöpfel:** Die Kommission für Jugendfragen hat im September 2001 dem Gemeinderat den Antrag gestellt, die Stellen von Deborah Fischer und Afra Wüthrich zu verlängern und wenn es irgendwie geht, sogar auf 120 Prozent aufzustocken. Der Gemeinderat hat dann aber deutlich mitgeteilt, dass die 50 Prozent die es mehr kostet nicht „drinliegen“. Wir haben dann eine Arbeitsgruppe gebildet und die Mitglieder ersehen Sie auf Seite 2. Der Auftrag lautete, eine Aufstockung auf 120 Prozent zu erreichen, ohne Mehrkosten zu verursachen. Sie sehen aber auf den Seite 22 bis 32, dass die Arbeitsgruppe zu einem anderen Resultat gekommen ist als es der Gemeinderat gewünscht hat. Die Arbeitsgruppe wurde von sich aus „handlungsaktiv“ und hat das von sich aus dann wieder gekürzt. Allerdings haben wir uns nicht festgelegt, dass die Einsparung im Jugendhaus oder im Robispielplatz erfolgen muss und haben diese Entscheidung offengelassen. Ich bin gerne bereit, Fragen zu beantworten. Ich bitte Sie, die Anträge so anzunehmen wie sie auf Seite 38 aufgelistet sind.

**Nadia Maurer:** Die Fraktion der Unabhängigen ist eigentlich der Meinung, dass das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen ist. Das aus folgenden Gründen. Die Arbeitsgruppe hat ein umfangreiches Konzept ausgearbeitet. Wir haben das Konzept gelesen und eingehend studiert und kommen zu einer ganz anderen Schlussfolgerung als der Gemeinderat. Wir stimmen der Anstellung der Jugendbeauftragten von temporär zu fest zu. Zudem können wir auch die Aufstockung der Stellenprozentage der Jugendbeauftragten von 70 auf 120 Prozent nachvollziehen. Das darf aber nicht zu Lasten des Robispielplatzes, beziehungsweise des Jugendhauses passieren. Ich zitiere aus dem Konzept: *„Das Angebot in seiner Vielfalt beibehalten und die volle Stellenbesetzung müsste kontinuierlich gewährleistet sein“*. Und zum Robispielplatz folgendes: *„Es ist äusserst wichtig, dass die Stellen durch qualifizierte Mitarbeiter/Innen besetzt sind. Die Stellenprozentage sind im unteren Bereich angesetzt“*. Solche Aussagen genügen um die Widersprüchlichkeit der Schlussfolgerung des Gemeinderates aufzuzeigen. Wir verzichten auf die Zurückweisung, weil wir überzeugt sind, dass es sinnvoll ist jetzt über das Geschäft zu debattieren, vor allem weil wir mit dem Beschluss Punkt 7b 1 und 2 und 7c des Gemeinderates gleicher Meinung sind. Wir hoffen, dass der Einwohnerrat die Einsicht hat, dass das gemeinderätliche Fazit nicht folgerichtig ist und dass der Fehler „ausgebadet“ werden kann, indem man der Erhöhung des Stellenplans von der Abteilung Bildung, Kultur und Sport um 120 Prozent zustimmt.

**Alexander Martin:** Die FDP ist für Eintreten. Wir möchten den Antrag des Gemeinderates vollumfänglich unterstützen und die 120 Stellenprozentage schaffen, Aber die Finanzen lassen nichts anderes zu, als 50 Stellenprozentage abzubauen.

**Olga Aeberhard:** Ich bin seit 10 Jahren wieder in der Kommission für den Robispielplatz. Ich habe das Papier intensiv studiert und ich bin zum gleichen Schluss gekommen. Wenn man das richtig studiert, kann man gar nicht zu dieser Quintessenz kommen, dass man zwar irgendwo etwas aufstockt und am anderen Ort etwas „abklemmt“. Das ist doch widersinnig.

**Kurt Lanz:** Für mich ist es der Start der Umsetzung der damaligen Studie Wettstein, wo wir uns schon einmal Gedanken über Jugendfragen der Gemeinde Pratteln gemacht haben. Ich habe freudig zur Kenntnis genommen, dass verschiedene Stellen involviert waren, sprich Schulleitung, Gemeindepolizei, Fürsorgebehörde und so weiter. Wir sind selbstverständlich auch für Eintreten und ich möchte gerne jetzt und an dieser Stelle den Leuten danken, die an dem umfangreichen Konzept mitgeholfen

fen haben. Wenn man es wirklich recht machen will, würde das bedeuten, dass man die 120 Stellenprozente bewilligen müsste und nicht die 70 Stellenprozente, welche der Gemeinderat vorschlägt.

### Abstimmung

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Eintreten und Direktberatung

**Alexander Martin:** Wir möchten den vorliegenden Bericht verdanken und finden es gut, dass damit eine umfassende Übersicht über die Jugendarbeit vorliegt. Ein paar kritische Bemerkungen dazu. Wir halten die Institution Jugendhaus mit seinen jährlichen hohen Kosten im momentanen Zustand nicht für effizient. Wir werden uns überlegen, was für Massnahmen man da ergreifen soll. Das Jugendhaus steht aber noch nicht zur Debatte und werden darum hier keine Anträge stellen. Wir sind auch froh, dass wir von diesem Bericht nur Kenntnis nehmen und nicht voll umfänglich zustimmen müssen. Der Punkt 3.7 kommt dem freisinnigen Gedankengut nicht so entgegen. Da heisst es: *„das Zielpublikum des Jugendhauses hat wie alle anderen Bevölkerungsgruppen das Recht auf Betreuung“*. Da sind wir als Freisinnige nicht einverstanden und meinen nicht, dass das vollumfängliche Recht auf Betreuung jeder Einzelperson in der Gemeinde besteht. Das Recht ist im Sozialhilfegesetz geregelt. Es gibt auch Pflichten. Die Pflicht der Eigenverantwortung, welche in der heutigen Zeit vermehrt betont werden soll. Im grossen und ganzen sind wir einverstanden, dass die eingeführte Jugendarbeit sinnvoll zu sein scheint, dass sie offenbar effizient ist und dass sie auch Früchte getragen hat. Wir möchten deshalb die Anträge des Gemeinderates unterstützen.

Wir möchten für den neuen Punkt d folgende Antrag stellen:

*„Der Gemeinderat wird beauftragt, die Angebote im Bereich der Jugendarbeit und deren Wirkung laufend zu überprüfen und dem Einwohnerrat mindestens alle 2 Jahre einen neuen Bericht darüber vorzulegen. Dies kann im Rahmen des Amtsberichts geschehen.“*

Damit bezwecken wir, dass in regelmässigen Abständen Rechenschaft abgelegt wird, ob die Investitionen effizient sind und weiter Früchte tragen.

**Stephan Ackermann:** Im Grundsatz kann ich den Antrag der FDP unterstützen: Nur, was bringt er? Wir sehen ja, was von dieser Kommission erarbeitet worden ist. Aber so, wie ich den Gemeinderat verstanden habe, ist das Ziel vorher klar gewesen. Man hat die Kommission arbeiten lassen und man kommt jetzt zum Entschluss, den man vorher schon gehabt hat, nämlich sparen. Die Fachleute der Kommission kommen zum Schluss, dass man ausbauen muss. Ich kann dem Antrag des Gemeinderates genau aus diesem Grund nicht zustimmen. Wenn ich das richtig verstanden habe, müssen wir entscheiden, ob wir beim Jugendhaus oder Robispielplatz einsparen sollen. Aber das einzige Wissen, welches wir diesbezüglich haben steht in diesem Bericht. In dem Bericht steht ganz klar, wir dürfen weder im Jugendhaus noch beim Robispielplatz einsparen. Wie sollen wir da entscheiden? Die Fakten, die man aus diesem Bericht ziehen kann zeigen ganz klar auf, dass man 120 Stellenprozente neu schaffen muss. 70 Stellenprozente, die wir bis jetzt temporär hatten und 50 Stellenprozente – und das sieht der Gemeinderat auch so - für die mobile Jugendarbeit „Streetwork“.

**Max Hippenmeyer:** Jetzt kommt aber trotzdem noch einmal das Thema Geld zur Sprache. Vorher haben wir von Investitionen in einen Bau geredet, jetzt schlagen sich die Kosten in der laufenden Rechnung nieder. Ich erinnere an die Diskussion, wo es darum gegangen ist, etwas mehr Personal auf der Verwaltung zu haben. Das ist aufs vehementeste bekämpft worden. Nicht zuletzt mit dem Argument, dass wir dann jedes Jahr CHF 300'00.— bis 400'000.— mehr laufende Kosten haben. Ich

kann die 120 Stellenprocente gerne befürworten, aber nur, wenn man die aufgestockten 50 Stellenprocente des „Streetworking“ irgendwo anders wegnimmt. Nur die 70 Stellenprocente, welche wir schaffen kosten uns im Jahre 2002 noch CHF 30'400.— .Das ausserhalb des Budgets, weil diese nur bis zum August budgetiert gewesen sind. Nächstes Jahr betragen die 70 Stellenprocente immerhin CHF 80'900.—. Warum sind wir auf 120 Stellenprocente gekommen ? Wir sind der Meinung, dass das sinnvoll ist, weil sich die Jugendarbeit auf die Strasse verlagert hat. Die Leute muss man dort abholen, wo sie sind. Ich kann voll dahinter stehen, aber der Kuchen ist in „Gottesnamen“ immer noch gleich gross wie vorher und er ist nicht grösser geworden. Darum bitte ich euch, an einem Ort aufzustocken und das am anderen Ort wegzunehmen. Ob das klug ist, wenn man das Jugendhaus jetzt gegen den Robispielplatz ausspielt, das ist eine andere Frage.

**Olga Aeberhard:** Ich stelle einen Gegenantrag. Ich gehe mal vom Robispielplatz aus. Dort sind zwei Menschen mit 75 Stellenprozenten angestellt. Seit dem neuen Jahr ist eine Person weg und wir haben vom Jugendhaus sogar jemanden abgezogen. Also stellt euch das grosse Areal des Robispielplatz vor und es kommen cirka 20 – 50 Kinder. Was geschieht, wenn nur das kleinste passiert und es ist nur eine Person anwesend ? Die einen Kinder wollen klettern die anderen wollen zeichnen oder bei den Tieren sein. Da braucht es einfach zwei Personen. Der Robispielplatz ist nicht etwas neues, besteht seit 20 Jahren und funktioniert sehr gut. Dafür haben wir ja auch die Betriebskommission. Zum Jugendhaus: Da wird ja auch schon seit 1984 gestritten und hat es bekämpft. Ich denke, dass es diese Institution braucht. Und jetzt haben wir Frau Afra Wüthrich als Jugendbeauftragte. Alle sind mit ihrer Arbeit zufrieden und deshalb wollen wir die Stelle aufstocken. Sie macht eine sinnvolle Arbeit, geht zu den Kindern und will sie von der Strasse wegbringen. Aber wohin ? Sie will sie ins Jugendhaus bringen und ich habe mir von kompetenten Leuten sagen lassen, dass um vier Uhr nachmittags 30 – 40 Kinder da sind. Was machen diese, wenn ihr jetzt die Öffnungszeiten erst ab 18.00 Uhr festlegt ? Ich möchte folgenden Antrag stellen:

*„Der Einwohnerrat setzt das Pensum der Jugendbeauftragten auf 120% fest ohne Abstriche bei den bestehenden Institutionen Jugendhaus und Robinsonspielplatz.“*

Sollte es dann nicht möglich sein, dann stelle ich folgenden zweiten Antrag:

*„Der Einwohnerrat setzt das Pensum auf die bisherigen 70% der Jugendbeauftragten fest, ohne Abstriche bei den bestehenden Institutionen Jugendhaus und Robinsonspielplatz.“*

Ich hoffe ich konnte Euch überzeugen.

**Kurt Lanz:** Ich will einfach sagen, das wir bei der Dorfturnhalle wiederkehrende Kosten in der Grössenordnung von CHF 100'000.— haben. Das darf man nicht verschweigen. Man kann es dort nicht einfach wegstreichen und hier jetzt sagen, es ist wiederkehrend.

**Ruedi Brassel:** Hier geht es auch um eine Investition und es ist eine Investition in die Gesellschaft. Aufgrund der gemachten Erfahrungen mit den jetzigen 70 Stellenprozenten, möchte man das ausbauen. Der Bericht sagt aus, dass der ganze Komplex der Jugendarbeit nötig, sinnvoll und unverzichtbar ist. Es geht doch nicht an, in diesem Bereich zu deinvestieren, wenn wir wissen, dass die Probleme nicht kleiner werden und wir nachher gezwungen werden, Schäden abzudecken welche möglicherweise höher sind. Vielleicht sind sie an einem anderen Ort, vielleicht sind sie nicht alle in Pratteln. Aber wir können doch nicht die Augen verschliessen. Das macht doch überhaupt keinen Sinn. Es kommt noch etwas dazu. Das neue Bildungsgesetz sieht auch Schulsozialarbeit vor und wird mit grösster Wahrscheinlichkeit im Schuljahr 2003 oder 2004 in Kraft treten. Daraus ergibt sich eine Möglichkeit, mit dem Kanton in Verhandlung zu treten und zu schauen, wie viel dort allenfalls in diesem Rahmen übernommen werden könnte. Es ist nicht einfach so, dass wir jetzt

als Gemeinde alleine diese Kosten im gesamten Umfang übernehmen müssen. Zum Antrag der FDP: Ist es nötig, dass man einfach die Jugendarbeit herausnimmt und sagt, das Pflänzchen schauen wir jetzt regelmässig besonders hart an und andere Sachen, die nicht weniger teuer sind, die laufen einfach normal weiter? Es ist richtig, in jedem Amtsbericht dem genügend Beachtung zu schenken und über die Jugendarbeit zu berichten. Es gibt auch gutes zu berichten. So kann man mit der Jugendarbeit nicht umgehen und man muss diesen Antrag ablehnen.

**Petra Ramseier:** Wir haben vorhin grosszügigerweise über CHF 50'000.— bis 250'000.— an laufenden Kosten kreierte. Das ist keine Ausnahmesituation, wenn wir das hier auch machen. Die von der FDP erwähnte Kostenberechnung im Jugendhaus kann man auch anders machen. Zum Beispiel pro Stunde in der das Jugendhaus offen hat. Dann sieht es schon wieder ganz anders aus und die Unterschiede sind nicht mehr so gross. Auch ich möchte den Bericht verdanken, denn es ist eine grosse Arbeit geleistet worden. Auf Seite 36, Punkt 6 steht: *„Im Verlaufe des Sommers wird der Gemeinderat zudem prüfen, ob die Beiden Betriebskommissionen Jugendhaus und Robinsonspielplatz aufgelöst werden können.“* Ich fordere den Gemeinderat auf, diese beiden Kommissionen nicht in einen Topf zu werfen, sondern differenziert anzuschauen und differenziert zu entscheiden.

**Samuel Wehrli:** Der Rat hat in den letzten Jahren viel für die älteren Leute der Gemeinde investiert. Auch das betrifft die laufende Rechnung. Das Konzept auf dem Tisch hat jetzt Hand und Fuss. Das haben wir auch gewollt. Wir können doch nicht auf der einen Seite zustimmen, aber wieder einen negativen „Touch“ geben und auf der anderen Seite wieder etwas wegnehmen. Ich kann dem zustimmen, wenn die FDP sagt, dass man Rechenschaft haben möchte. Ich war und bin immer noch skeptisch in Bezug auf das Jugendhaus. Das steht aber jetzt nicht zur Diskussion. Jetzt müssen wir gesamtheitlich ja sagen zu dem, was wir vor Jahren beschlossen haben, ohne auf der anderen Seite abzuspecken. Ich bitte Sie, dem Antrag von Olga Aeberhard zuzustimmen.

**Priska Forter:** Es irritiert mich immer wieder, wie schnell über eine Strasse oder ein Neubau beschlossen wird. Die Jugendarbeit kostet viel weniger, das sind läppische Kosten im Vergleich dazu. Ich möchte mich für den „tollen“ Bericht vielmals bedanken. Mich irritiert jedoch das Fazit in diesem 37-seitigen Bericht. Das gefällt mir nicht.

**Walter Biegger:** Ich begleite den Robinsonspielplatz seit mindestens 25 Jahren. Als ehemaliges Mitglied der damaligen Betriebskommission für den Robinsonplatz beschränke ich mich darauf, zu dem zu reden, worüber ich wirklich profunde Kenntnis habe. Ich war auch Mitglied dieser Arbeitsgruppe, die diese Vorlage ausgearbeitet hat. Ich muss heute sagen, der Robinsonspielplatz war in den letzten Jahren immer fern von jedem Skandal und hat nie negative Schlagzeilen gemacht. Dank den guten Leiterinnen und Leiter, die diesen Robinsonspielplatz geführt haben und immer noch führen. Der Dank gebührt aber auch dem Quartierverein Längi. Wenn Sie Stellenprozente beim Robinsonspielplatz wegnehmen, dann heisst das gleichzeitig Betriebszeiten einschränken und reduzieren. Auf dem Robinsonspielplatz wird gehandwerkelt, genagelt, gebaut und so weiter. Da gibt es einfach Unfälle und da muss immer eine zweite Person vorhanden sein, falls irgendein Kind zum Doktor oder ins Spital gebracht werden muss. Der Abbau bedeutet Einschränkungen der Zeiten und die vielen Kinder können nicht mehr auf den Platz kommen und betreut werden. Bezugnehmend auf das Gesagte von Olga Aeberhard möchte ich Euch das zu bedenken geben und bitte Sie: Nehmt dort keine Stellenprozente weg.

**GR Rolf Wehrli:** Der Bericht ist auch ein Produkt, ein gutes Produkt aus den Vorkommnissen beim damaligen Fröschi-Fest. Die heutige gesellschaftliche Entwick

lung findet einen gewissen Ausdruck in der Jugendarbeit. Sie macht heute etwas anderes, bei der auch mehr investiert werden muss. Die Gesellschaft und die Entwicklung können wir hier nicht gross beeinflussen. Aber wir können etwas dafür tun. Es ist ja nicht Sinn und Zweck, dass man Ausgaben generiert nach dem Giesskannenprinzip. Wir stellen eine Trendwende fest und das kommt in diesem Bericht auch bezüglich der guten Arbeit der Jugendbeauftragten Frau Wüthrich tatsächlich zum Ausdruck. Man darf das auch würdigen. Aber das heisst doch nicht, dass man das andere einfach stehen lässt. Man kann das doch überprüfen und sich fragen, ob das noch den Tatsachen entspricht, wenn man eine Trendwende in der Jugendarbeit feststellt. Man kann die Jugendlichen auf der Strasse nicht einfach nur ins Jugendhaus oder auf den Robinsonspielplatz schicken. Man könnte sie zum Beispiel auch in die Vereine schicken und dort Kontakte knüpfen. Das wird ja auch sicher gemacht. Ich stelle mir auch die Frage, ob der „Vater Staat“ für die soziale Entwicklung und alles was in dieser Gesellschaft passiert verantwortlich gemacht werden kann und seine Sozialaufgaben aufgrund der sozialen Entwicklung ausbaut. Man darf sicher auch sagen, was man nicht gut findet und was man gut findet. Ich will nicht polemisieren aber ich glaube, der Auftrag und die Aufgabe des Gemeinderates ist, Prioritäten zu setzen und der Einwohnerrat kann darüber diskutieren und eine andere Entscheidung fällen. Wir sehen das so und dies mindestens im Gesamtinteresse dieser Gemeinde und nicht im Einzelinteresse nur für die Jugend oder die Jungen. Im Robi sind sicher jüngere Kinder anwesend als im Jugendhaus. Da darf man durchaus eine differenzierte Haltung haben und man kann auch sagen, wo man einsparen will. Es muss uns aber bewusst sein, dass wir im jetzigen Moment über den Ausbau unserer Sozialausgaben diskutieren. Bei der Dorfturnhalle hat man sich auf die günstigere Variante geeinigt. Obwohl im Herzen alle gerne die teurere gehabt hätten. So muss man Prioritäten setzen und ich glaube nicht, dass man eine Jugendarbeit machen kann, ohne dass man Flanken und Rahmenbedingungen setzt. Der Jugendliche hat es auch nicht gern, wenn man ihm die Grenzen nicht aufzeigt.

**Max Hippenmeyer:** Ich möchte festhalten, dass es nicht darum geht die Dorfturnhalle gegen die Jugendbeauftragte, gegen den Robinsonspielplatz oder gegen was auch immer auszuspielen. Es ist erwähnt worden, dass man keine Desinvestition will. Das ist jetzt wirklich ganz falsch, was da gesagt worden ist. Wir reden von 70 Stellenprozenten, welche wir neu schaffen. Wir reden von der neugeschaffenen Familienberatung. Das sind Kosten von CHF 100'000.— im Jahr. Die 50 Stellenprozente sind lediglich eine Verschiebung von einem Bereich in den anderen und wir investieren hier so oder so. Ob wir das vom Jugendhaus wegnehmen oder dort lassen. Auch bei der Dorfturnhalle haben wir gesagt, dass das eine soziale Investition ist, welche den Vereinen dient. Und das ist auch Jugendarbeit.

**Erika Schaub:** Auch wir sehen nicht eine „Abschränkung“, sondern eine Verlagerung. Das überlassen wir den Fachleuten. Unser Antrag lautet: *„Der Einwohnerrat setzt das Pensum der Jugendbeauftragten auf 70% fest; 50 Stellenprozente gehen zu Lasten des Jugendhauses und / oder des Robinsonspielplatzes.“*

**Alexander Martin:** Vor etwa zwei Jahren hat der Einwohnerrat bewusst beschlossen, neue Stellen zu schaffen, 70 Stellenprozent aufgestockt und die Mehrausgaben genehmigt. Mich stört, dass die Kosten bei den Sozialausgaben buchstäblich explodieren. Sie explodieren leider auch, weil nicht mehr alle Leute ihre Eigenverantwortung wahrnehmen. Das gilt auch unter den Jugendlichen. Ich glaube, dass man dem Streben nach immer mehr Betreuung, mehr Hängematte und immer weniger Selbstinitiative nicht einfach unbeschränkt nachgeben, sondern dass man auch hier einen Kostenrahmen setzen sollte. Ich möchte noch einmal dafür plädieren, dass man das bei den 70 Prozent belässt, respektive die Gassenarbeit auf 120 Prozent aufwertet, aber an einem anderen Ort die 50 Prozent einspart. Die Aussagen von Wal

ter Biegger und Olga Aeberhard kann ich auch bestätigen. Mich stört aber die Effizienz des Jugendhauses mit Kosten von CHF 2'300.— pro betreute Person und Jahr. Ich stelle deshalb den Antrag, dass man den Beschluss 7c 2. so lässt wie er geschrieben ist, aber den letzten Passus: *und / oder des Robinsonspielplatzes* streicht und nur das Jugendhaus belässt.

**Ruedi Handschin:** Wir haben jetzt den zweiten Antrag gehört, der besagt 70 Prozent fest und 50 Prozent an einem anderen Ort einsparen. Ich will nicht sagen, dass wir unbedingt sparen müssen. Aber mit den jährlichen wiederkehrenden Kosten schlagen wir eine falsche Richtung ein und wir zementieren das auf die nächsten Jahrzehnte. Wir haben ein Provisorium geschaffen und es hat sich bewährt. Also machen wir aus diesem Provisorium ein Definitivum und lassen es bei diesem 70 Prozent. Der Robinsonspielplatz ist x-mal vehement verteidigt worden, weil das sicher eine gute Organisation ist. Ich bin aber nicht in allen Punkten gleicher Meinung. Warum müssen da unten zwei Leute von der Gemeinde angestellt und bezahlt werden um die Jugendlichen oder Kinder zu beaufsichtigen. Grundsätzlich unterstütze ich das auch, aber wo bleibt da die Eigenverantwortung der Eltern dieser Kinder? Es wäre einfach zu organisieren, dass jeder Elternteil einmal an einem Nachmittag mit dabei sein würde. Erst vor zwei Jahren war der Robinsonspielplatz eine privatrechtliche Instanz gewesen und privatrechtlich geführt worden. Verein und die Gemeinde haben etwas daran gezahlt. Jetzt wird es der Gemeinde voll übertragen und sofort braucht es zwei Leute. Die Kosten explodieren und sie belaufen sich heute wahrscheinlich auf das Dreifache. Ich beantrage, das für ein weiteres Jahr bei den 70 Prozent zu belassen und dann wieder darüber zu befinden.

**Ruedi Brassel:** Der Antrag von Erika Schaub läuft dem Bericht nun definitiv und absolut diametral entgegen und ist deshalb abzulehnen.

**Kurt Lanz:** Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass natürlich die Leute, die sich mit Jugendlichen auseinandersetzen diese Jugendlichen eben auch motivieren sollten, etwas zu machen. Es ist falsch, wenn irgend jemand jetzt sagt, man würde mit solcher Arbeit die Jugendlichen dazu verleiten, einfach in die Hängematte zu liegen. Die Leiter arbeiten so, dass die Jugendlichen nicht nur konsumieren. Sie strengen sich auch an, die Jugendlichen zu motivieren etwas zu machen. Das ist sicher nicht vergleichbar mit einer Hängematte. Die von Rolf Wehrli kurz angesprochene Geschichte bezüglich der Gewaltprävention im Zusammenhang mit dem Fröschli-Fest zeigt, dass das Jugendhaus eigentlich doch gute Dienste erwiesen hat. Es ist um diejenige Person gegangen, welche im Jugendhaus einen sehr guten Zugang hatte und wenn es Probleme mit der Polizei gegeben hat, dann hat jeweils eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Jugendhaus und der Polizei stattgefunden. Diese Sachen gehen, wenn sie nicht mehr aktuell sind, ganz schnell vergessen. Danach fragen alle, warum ist das passiert und hätte es nicht eine Möglichkeit gegeben, um irgendetwas zu verhindern?

**Nadia Maurer:** Alle Gegenargumente orientieren sich ganz klar an den finanziellen Mitteln. Die Orientierung an der Sache fehlt mir. Die Orientierung an den Kindern und Jugendlichen. Ich kann wirklich nicht glauben, dass ein solch umfangreiches Konzept ausgearbeitet worden ist und jetzt nur Undank erntet. Das Jugendhaus und der Robinsonspielplatz sind zwei unterschiedliche Institutionen. Man kann sie nicht vergleichen miteinander und auch nicht gegeneinander ausspielen. Ich bin überzeugt, dass beide Institutionen ihre Richtigkeit haben. Man kann nicht sagen, dass das eine wichtiger ist als das andere, weil das Angebot auf verschiedene Bedürfnisse und verschiedene Alter ausgerichtet ist. Zu den professionellen Mitarbeiterinnen möchte ich aus dem Konzept zitieren: *„Es ist äusserst wichtig, dass die Stellen durch qualifizierten Mitarbeiterinnen besetzt sind, gerade auf dem Robinsonspielplatz“*. Es geht nicht an, dass eine professionelle Stelle durch ehrenamtliche Arbeit

ersetzt wird. Es ist unbedingt nötig, den Stellenplan auf 120 Prozent zu erhöhen, ohne Abstriche in einem anderen Bereich.

**Samuel Wehrli** stellt den Ordnungsantrag auf Schliessung der Rednerliste.

://: Mit 19 gegen 7 Stimmen wird dem Ordnungsantrag stattgegeben.

**GR Elisabeth Schiltknecht:** Ich möchte die Personen, die wieder einmal an die Eigenverantwortung der Leute appellieren daran erinnern, dass es einfach so ist, dass diese Leute teilweise schon Eigenverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder übernehmen wollen. Wenn sie aber den ganzen Tag arbeiten, damit sie das nötige Geld heimbringen können, dann kann man einfach auch keine Kinder hüten. Und es hat auch immer wieder Leute, die einfach nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu erziehen. Wenn ihr jetzt hier spart, dann kann ich Euch mit Garantie sagen, dass man diese Kosten an ganz anderen Orten und ohne dass wir das wollen, auch wieder ausgibt. Wir haben derart viele unbetreute Kinder und viele auffällige Jugendliche mit grossen Problemen. Es ist sinnvoller, Geld in die Prävention zu investieren, als laufend „Feuerwehrrübungen“ zu machen. Wenn Sie Kinder aus ihrem Milieu herausnehmen, dann bedeutet das horrenden Kosten. Es kostet einfach und Prävention war schon immer und in jedem Fall das bessere. Überlegt Euch das, wenn ihr nachher abstimmt.

**Olga Aeberhard:** Herr Handschin hat gesagt, dass der Robi seit der Übernahme durch die Gemeinde mehr kostet. Das stimmt gar nicht. Vorher hat der Quartierverein mit vielen Freiwilligen die ganze Organisation selber gemacht und es hat die Gemeinde nichts gekostet. Die Löhne und Betriebskosten sind genau gleich angefallen. Seit circa 1993 kann der Quartierverein, weil er nicht mehr soviel Einnahmen hat, jedes Jahr CHF 3'000.— an die Betriebskosten zahlen. Seit der Überführung an die Gemeinde sind die Kosten dadurch nicht gestiegen. Nur, jetzt merkt ihr es besser. Im weiteren kann ich die Worte von Frau Schiltknecht bestätigen. Die Kinder und Jugendlichen haben gerne eine Art Führungs- und Beziehungsperson, wenn sie zuhause schon eine relativ lose Erziehung haben.

**Walter Biegger:** Ich muss meinem Parteikollegen Ruedi Handschin vehement widersprechen, wenn er sagt, dass mit dem Übergang des Robinsonspielplatzes in die Gemeindeobhut eine Kostenexplosion stattgefunden hat. Das ist überhaupt nicht der Fall und man muss sich erst informieren, bevor man irgend etwas „in die Welt setzt“. Man kann für spezielle Aktionen einmal die Eltern aufbieten, aber man kann mit diesen Eltern nicht ständig einen solchen Betrieb aufrecht erhalten. Das ist doch eine Illusion.

**Dieter Stohler:** Wenn ich mich als Nicht-Profi an dieser Sache orientieren will, dann nehme ich diesen Bericht als Grundlage. Wenn man den ganzen Bericht liest mit dem Fazit, kommt man zum Schluss, dass man keinen Grund findet, dem Gemeinderat zu misstrauen. In dem Sinn bin ich auch voll einverstanden mit den Ausführungen von Gemeinderätin Elisabeth Schiltknecht. Da darf man nicht sparen und man muss diese Investition tätigen. Mit dem Deinvestitionsantrag der SVP kann ich mich nicht einverstanden erklären. Auf der richtigen Linie liegen die Anträge des Gemeinderates und ich bitte Sie, diesen zuzustimmen, mit der Ergänzung, dass man in zwei Jahren einen neuen Bericht bekommen möchte.

**GR Felix Knöpfel:** Es zeigt sich einmal mehr, dass befristete Stellen eigentlich sehr schlecht zu bewerten sind. Bis die Person eingesetzt ist, ist mit der Ausschreibung, Wahl und Einstellung schon ein halbes Jahr vergangen. Pratteln ist eine der ersten Gemeinden gewesen, welche Streetwork gemacht hat und wir sind sehr schnell zum

Schluss gekommen, dass das sehr gut ist. Aber die kurze Zeit hat nicht gereicht, um die Stelle allenfalls in das Budget aufzunehmen und konkrete Lösungen zu finden. Wir haben in dieser Arbeitsgruppe auch sehr gute Ansätze gesehen, wie es bei fast gleicher oder sogar gleicher Leistung ein bisschen günstiger werden könnte. Ob wir die 50 Prozent schlussendlich einsparen, das ist im Moment noch nicht eruierbar. Es ist natürlich klar, dass im Bericht auf Seiten 22 bis 32 die Meinung der Mehrheit enthalten ist und nicht die der Minderheit. Die Minderheit hat man nicht berücksichtigt. Das muss man einfach mal ganz klar sehen. Man könnte noch effizienter werden und wir könnten uns noch verbessern. Ich bin total dagegen, dass Sachen welche auf privater Basis „angezogen“ worden sind und dann aus Gründen des fehlenden Geldes und der fehlenden Motivation der Leute, irgendwann dann bei der Gemeinde landen. Versuchen Sie nicht auf diesem Weg weiterzufahren, sondern versuchen Sie weiterzudenken. Die Idee der Jugendarbeit ist nicht vor fünf Jahren stehen geblieben, denn sie setzt sich immer und immer wieder fort. Wir müssen flexibel sein, um vielleicht noch bessere Lösungen zu finden. In der Kommission für Jugendfragen werden wir uns weiter damit beschäftigen und mit guten Lösungen an den Einwohnerrat gelangen.

### Abstimmungen

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom Konzept „Zukunft der Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln“.

Der Rat beschliesst einstimmig:

- ://: 1. Die Stelle „Familien- und Erziehungsberatung“ in der Gemeinde Pratteln wird definitiv und unbefristet bewilligt.
2. Das Kostendach für diese Dienstleistung wird auf CHF 18'300.— jährlich festgelegt. Die Anstellung erfolgt auf Honorarbasis.
3. Die Stelle der Jugendbeauftragten der Gemeinde Pratteln wird definitiv und unbefristet bewilligt.

### Gegenüberstellungen

Antrag Erika Schaub (SVP):

*„Der Einwohnerrat setzt das Pensum der Jugendbeauftragten auf 70% fest; 50 Stellenprozente gehen zu Lasten des Jugendhauses und / oder des Robinsonspielplatzes.“*

Antrag Olga Aeberhard (CVP) und Unabhängige Pratteln:

*„Der Einwohnerrat setzt das Pensum der Jugendbeauftragten auf 120% fest ohne Abstriche bei den bestehenden Institutionen Jugendhaus und Robinsonspielplatz.“*

://: Der Antrag Aeberhard und Unabhängige obsiegt mit 23 gegen 6 Stimmen und 7 Enthaltungen

Der Rat beschliesst mit 20 gegen 15 Stimmen und 1 Enthaltung:

4. Das Pensum der Jugendbeauftragten wird auf 120 % festgesetzt.
5. Die Erhöhung des Stellenplanes der Abteilung Bildung, Kultur und Sport um 120 Stellenprozente wird bewilligt.

Der Rat beschliesst mit 24 gegen 7 Stimmen:

6. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Angebote im Bereich der Jugendarbeit und deren Wirkung laufend zu überprüfen und dem Einwohnerrat mindestens alle 2 Jahre einen neuen Bericht darüber vorzulegen. Dies kann im Rahmen des Amtsberichts geschehen.
- 

Die Sitzung wurde um 23.05 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 23. Mai 2002

Für die Richtigkeit:

**EINWOHNERRAT PRATTELN**

Die Präsidentin:      Für das Protokoll:

Maya Wittwer              Ursula Wisselaar

Bruno Helfenberger (Aufnahme)